

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«**Ja** zur Schweiz»

Woker Irrsinn

2

Vermögensverwaltung im Paragraphengewirr

12

Wahnsinn Wuhan

24

Das Strassburger Denkmal in Basel. Es erinnert an die humanitäre Hilfe der Schweiz bei der Belagerung Strassburgs im August/September 1870 im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71. Bild: Ulrich Schlüer



Wenn die «Letzte Generation» das Sagen hat

Woker Irrsinn

von Charlotte Kirchhof, Journalistin, Studentin der Psychologie, Lübeck D

Die deutschen Universitäten züchten eine woke Generation heran: Feminismus, Gendern, Veganismus, Vorträge über queere Themen und «linkspolitisches Engagement» sind Normalität. Eine Studentin im ersten Semester schildert einen Tag auf dem Campus an einer deutschen Universität.



An Universitäten ist der Trend links-grün. Studenten und Professoren gendern, Mädchen haben pinke Haare und Jungs blaue Fingernägel, das Audimax (Grosser Hörsaal) bekommt hin und wieder einen orangenen Farbanstrich von der «Letzten Generation», und der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) kündigt täglich per Mail und über die Toiletten woke

Veranstaltungen an. Sie sind herzlich eingeladen, eine Studentin in ihrem alltäglichen Irrsinn an einer deutschen Universität zu begleiten.

Mit dem Fahrrad oder mit dem Bus an der Universität angekommen, begrüsst man einige Kommilitonen: Zum Beispiel eine, die einen Pullover mit der Aufschrift «FCK AfD» trägt. Dann geht es in den Hörsaal. Neben einer tropfenden Decke sorgt ebenfalls für Überraschung, dass die Psychologie-Professorin in ihrem Vortrag offenbar nur von Frauen spricht: «Patientinnen, Versuchsleiterinnen, Studentinnen» – das generische Femininum scheint sich durchgesetzt zu haben, denn die gendergerechte Pause fehlt völlig. Komisch, dass sich die männlichen Studenten nicht diskriminiert fühlen – na ja, vielleicht definieren sie sich ja gar nicht als Männer. Ach so, und dann gibt es noch einen, der

sich bereits in der Vorlesung seinen Joint für die Pause dreht und entsprechend wenig vom männerfeindlichen Sprachgebrauch der Professorin mitbekommt. In der Pause geht dieser Student direkt nach draussen, um zu rauchen.

Andere gehen erst mal auf die Toilette: Dort findet sich eine Galerie von Stickern und Flyern. Neben «FCK-AfD»-Stickern machen einige Sticker auf sexuelle Gewalt aufmerksam: «Nein heisst Nein». Darunter hat jemand geschrieben: «Und nur ja heisst ja». Ausserdem hängen in der Klokabine Einladungen zu spannenden Veranstaltungen: Der «Quarg» («Referat für Queer, Awareness, Equal Rights and Gender Matters») lädt zum Beispiel zu einem Treffen ein, bei dem Ideen für Informationsabende zu «queeren Themen» ausgetauscht werden sollen. In einer anderen Kabine kündigt der Quarg die «queeren Thementage» an. Man kann sich auf eine «queere Party», einen Kleidertausch und viele Vorträge sowie Workshops rund um das Thema «Queer» freuen.

Ausser heterosexuellen Männern dürfen alle entscheiden, was Männlichkeit bedeutet. Biologische Gesetze gibt es nicht mehr.

Doch nicht nur auf dem Klo begegnet einem der Quarg. Zusätzlich versendet der Quarg häufig Rundmails zu allerlei queeren Themen. Allerdings landen nicht nur die im E-Mail-Postfach. Hinzu kommen Anfragen für Studien, beispielsweise eine Umfrage zum Klimawandel. Und wöchentliche Erinnerungen zum «Studium generale».



VOLAND

genuss | kreation | baumerfladen.ch

Bestellen Sie ihren Baumerfladen
mit persönlichem Text in unserem Shop
baumerfladen.ch



An den Vorlesungen des Studium generale können auch Studenten teilnehmen, die nicht für das jeweilige Fach eingeschrieben sind: Wer möchte schon einen Vortrag verpassen mit dem Motto «Über die Geschlechtszugehörigkeit eines Menschen entscheidet nicht sein Leib, sondern seine Seele» – oder «Russland im Kulturkrieg», in dem die Innsbrucker Religionssoziologin Kristina Stoeckl darüber spricht, welche Rolle «Gender, Homosexualität und traditionelle Werte im Krieg Russlands gegen die Ukraine» spielen.

Vom Klo in die Mensa: In der Schlange zur Essensausgabe fragen sich die Studenten gegenseitig: «Ach, du bist auch Vegetarier?» Die Antwort in vielen Fällen: «Nee, Veganer.» Zum Glück bietet die Mensa vegane Bratwürstchen an. Normale gibt es allerdings auch, die nimmt nur kaum ein Student in «Wokistan». Während des Essens unterhalten sich die Studenten dann über die Vorteile einer «offenen Beziehung» und darüber, wie «egoistisch» und «besitzergreifend» es sei, wenn Menschen nur feste Beziehungen eingingen.

Präsenz der Letzten Generation

Nach der Mittagspause findet eine weitere Vorlesung statt. Dieses Mal im Audimax, dessen Glasfassade vor einigen Wochen einen neuen Anstrich erhalten hat: Gesprenkeltes Orange – total schick. Auf diese Renovierungs-idee kamen Extremisten der Letzten Generation:

LACHEN VERBOTEN!



Herr Hürzeler aus Zürich schreibt an die Personalabteilung der UBS:

*Sehr geehrte Damen und Herren
Ich war bis jetzt Schafhirt und suche eine neue Herausforderung als Bankdirektor. Kann ich bei Ihnen am Montagmorgen anfangen?*

Die Antwort der UBS (verkürzt):

*Sehr geehrter Herr Hürzeler
Aufgrund Ihrer ausgeprägten Führungserfahrung rechtfertigt sich zweifellos auch in einem neuen Umfeld ein Einsatz mit einem vergleichbar grossen Headcount an Unterstellten. Leider müssen wir Ihnen mitteilen, dass bei uns per kommenden Montag keine Kaderfunktion frei wird, auf die Ihr Profil passen würde. Aufgrund der derzeitigen Arbeitsplatzsituation rechnen wir nicht einmal für den verbleibenden Zeitraum von Dienstag bis Freitag nächster Woche mit entsprechenden Vakanzen.*

Wir bedauern, Ihnen keinen günstigeren Bescheid geben zu können und danken Ihnen für Ihr Interesse an einer Mitarbeit bei unserer Bank.

Mit freundlichen Grüssen Ihre UBS

Fortsetzung auf Seite 4

English lesson für neuen EU-Vertrag

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl



Churz & Bündig

Holland wird heimgesucht von Bürgerkrieg. Nicht zwischen Holländern und Holländern. Nein, dem Regime getreue eritreische Asylanten (Flüchtlinge vor wem?) und regimefeindliche eritreische Asylanten liefern sich dort blutige Strassenschlachten. Und Holland – mit inzwischen abgewählter Regierung noch am Ruder – ist bloss Kriegsschauplatz. Sind Europas Staaten, wie Holland einst Ausgangspunkt weltweiter vielfältiger Entwicklung, dank einer Classe politique, die ausser Sitzleder kaum noch Durchsetzungskraft entwickelt, dazu verurteilt, nur noch Schlachtfeld zu sein, wenn vielfach mittels Asylrechtsmissbrauch ins Land Geratene Lust entwickeln, sich gegenseitig halb oder ganz totzuschlagen? *us*

Sie beschmierten das Audimax und forderten ihre Mitstudenten auf, «sich kritisch damit auseinanderzusetzen, wenn die Wissenschaft von der Politik mit Füßen getreten wird».

Sie wollten wohl auch neue Mitglieder rekrutieren. Ob das geklappt hat, ist fraglich. Immerhin reagierten die meisten Studenten eher kritisch: Sie fänden es zwar beeindruckend, wie viel die Anhänger der Letzten Generation für das Klima opferten, aber die Anschläge seien teilweise lächerlich und unnötig, heisst es von vielen. Und gewiss war auch der eine oder andere Student genervt, nach mehreren Wochen immer noch orangene Schuhsohlen zu haben, wenn er das Audimax betrat – von den Stickern und Bodenverzierungen auf dem Campus ganz zu schweigen.

Dieser Anschlag der Letzten Generation auf das Audimax einer norddeutschen Universität fand zum Auftakt der «Kritischen Vorwoche» (KOW) statt: In dieser durften woke Geister allerlei «kostenfreie, linkspolitische Veranstaltungen» geniessen: «Rassismus hat System» und «Weisser Hund mit schwarzer Brille - zu Geschlechterstereotypen in der Wissenschaft» sind lediglich zwei Beispiele. Hinzu kamen ein Vortrag der Letzten Generation, ein Onboarding von Fridays For Future sowie ein «Kneipenquiz» mit der Basis Antifa und vieles andere Unnütze mehr.

Linkspolitische Vormachtstellung

Linkspolitisch verlief aber nicht nur die KOW. In Lübeck zum Beispiel hat sich kürzlich eine neue Hochschulgruppe gegründet. Sie nennen sich «LiLO», kurz für die «Linke Lübecker Hochschulorganisation». Die findet den studentischen Raum zu unpolitisch und möchte die Studenten – äh, die «Studierenden» – anregen, politisch mitzuwirken. Ihr Name deutet an, dass diese politische Teilhabe lieber nicht liberal-konservativ sein sollte. Vor allem Lübecker Studenten sind laut LiLO unpolitisch, weil die dortige Uni keine gesellschafts- und geisteswissenschaftlichen Fächer anbiete. Das Fach «Gender Studies» fehlt zum Beispiel. Das gibt es aber in Kiel, und von dort reisen einige Professoren nach Lübeck, um die sehnsüchtig wartenden woken Studenten zu besuchen und zu beschulen. Darunter ist Fabian Lamp, der in Lübeck einen Vortrag anbietet mit der Überschrift «Es gibt Männer – was tun?» Bei seinem Gastspiel will er «aktuelle Männlichkeitsthemen» skizzieren und einige Fragen klären: Ob Männer Feministen sein können, oder ob wir immer noch im Patriarchat leben zum Beispiel.

Nein zur 13. AHV-Rente

Nein zum Bruch der Generationen-Solidarität!

von Martina Bircher, Nationalrätin, Aargau AG

Die 13. AHV-Rente klingt gut – denn die arbeitende Bevölkerung bekommt ja in der Regel auch einen 13. Monatslohn. So argumentieren die Befürworter und fordern «Gleichbehandlung». Aber das ist natürlich reinster Populismus.



Am 3. März 2024 stimmen wir über die Initiative für eine 13. AHV-Rente ab. Was verlockend klingt, ist jedoch brandgefährlich.

Die AHV ist das wichtigste Sozialwerk unseres Landes. Mit der Volksinitiative «Für ein besseres Leben im Alter (Initiative für eine 13. AHV-Rente)» verspricht der Schweizerische Gewerkschaftsbund eine Erhöhung der Rente für alle. Aber Achtung: Schon heute ist klar, dass die Finanzierung der AHV schon ab 2030 nicht gesichert ist. Die Initiative der Gewerkschaften würde zusätzliche Mehrausgaben von fünf Milliarden Franken pro Jahr bedeuten! Im

Klartext heisst das: Eine 13. Rente kann nur durch höhere Lohnabzüge für die arbeitende Bevölkerung und neue Steuerlasten für uns alle finanziert werden. Zudem fliessen bei einem Ja zur 13. AHV-Rente Milliarden unseres Geldes ins Ausland. Denn von der 13. AHV-Rente profitieren vor allem rund 800'000 Rentnerinnen und Rentner im Ausland. Wollen Sie wirklich Luxusrenten im Ausland finanzieren? Dann hätten Sie als Arbeitnehmer(in), Konsument(in), Alleinerziehende, Familie mit normalem Einkommen noch weniger Geld zum Leben. Fazit: Die 13. AHV-Rente ist im höchsten Mass unsozial und ungerecht – und sie fährt die AHV finanziell an die Wand. Darum bitte ich Sie, am 3. März Nein zu stimmen.

Martina Bircher

Wer kein Teil der LiLO werden möchte und auch nicht dem höchst spannenden Vortrag von Lamp lauschen will, der kann immer noch der «Green-Living-Community» beitreten. In dieser Gruppe des Marktforschungsinstituts Ipsos können die Studenten ihre «persönliche Meinung zu Nachhaltigkeits-Themen einbringen und damit ihren Beitrag leisten, die Welt hoffentlich ein bisschen besser zu machen».

Das Tollste an der Green-Living-Community sind offensichtlich die Belohnungen: Teilnehmer bekommen Gutscheine oder andere «attraktive Preise». Ohne diese Preise scheint die Community nämlich nicht sehr attraktiv zu sein. Vielleicht ist die Gruppe «Students for Choice» ja attraktiver: Die beschäftigt sich mit der «Grundthematik Schwangerschaftsabbruch» und lädt per Rundmail Menschen aller Geschlechter herzlich zu ihren Treffen ein. Ebenso sind alle Studenten herzlich zu den «Campuswochen gegen Gewalt an Flinta*Personen» eingeladen, heisst es in einer anderen Mail.

Frei von Biologie

Die Abkürzung Flinta steht für «Frauen, Lesben, intergeschlechtliche, nichtbinäre, trans und agender Personen» – also praktisch für alle Menschen mit Ausnahme heterosexueller Männer. Während dieser Campuswochen findet beispielsweise ein Vortrag unter der Überschrift «Was männlich ist, entscheidest du!» statt. Also dürfen wohl alle, ausser heterosexuellen Männern, entscheiden, was Männlichkeit bedeutet. Ein Plädoyer der Freiheit: Biologische Gesetze gibt es offenbar nicht mehr.

Bei all diesen Angeboten weiss man gar nicht, zu welchem queeren Treffen, zu welchem linkspolitischen Vortrag man gehen oder welcher woken Gruppe man beitreten soll. Am besten keiner. Und am besten ganz schnell wieder nach Hause, nachdem die letzte Vorlesung des Tages vorbei ist.

Charlotte Kirchhof

Dieser Beitrag stammt aus TICHYS EINBLICK 02/24, Standpunkte zu Politik, Wirtschaft und Kultur, mit freundlicher Genehmigung der Redaktion.

Ihr Inserat in der Schweizerzeit:



Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico

Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
Pro Schweiz-Mitglied
Pro Libertate-Mitglied
PIKOM-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Das Falschspiel beginnt



Als EU-Turbo der ersten Stunde von den Medien längst zur Star-Juristin emporgehoben, verkündet die Europarechtlerin Astrid Epiney via NZZ am Sonntag (11. Februar 2024), die zur vom Bundesrat auf Diktat Brüssels vorgesehene Unterwerfung der Schweiz unter die Oberhoheit von EU-Kommission und EU-Gerichtshof bedürfe keiner obligatorischen Volksabstimmung. Das Stimmvolk soll also nur nach einer Unterschriftensammlung etwas zu sagen haben, wenn seine Souveränität beerdigt wird. Und das Ständemehr wird gleich vollständig annulliert. Die Bundesverfassung, begründet Frau Professorin Epiney ihren Anschlag auf die Demokratie, lasse ein obligatorisches Referendum nur zu, wenn «der Beitritt zu Organisationen für kollektive Sicherheit» wie Uno oder Nato oder «zu supranationalen Gemeinschaften» wie der EU beantragt werde. Der «Paketvertrag» sei Weder-Noch.

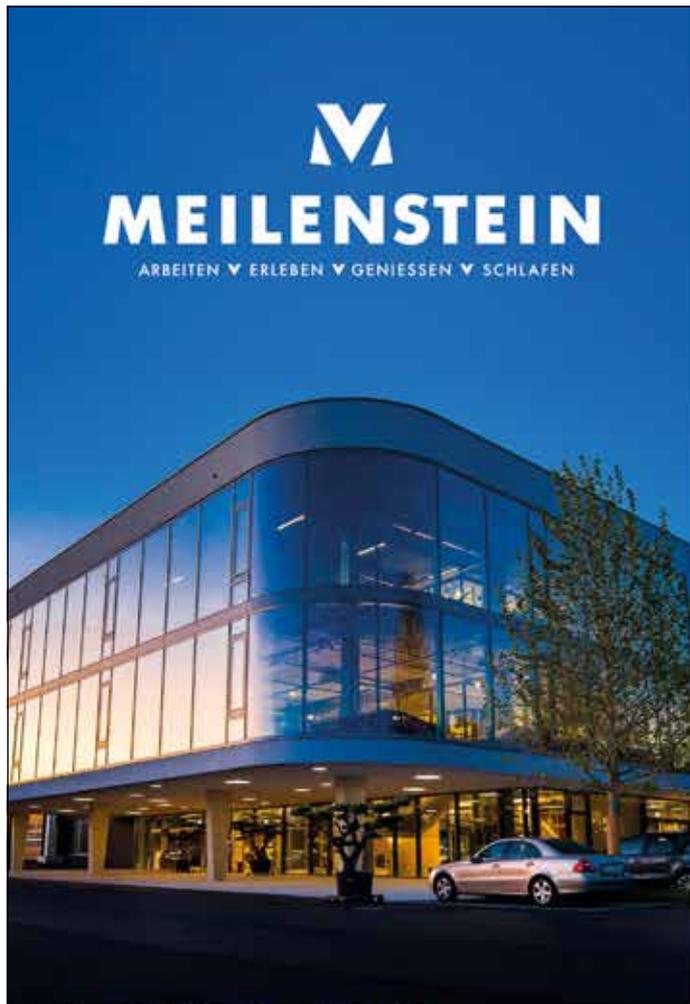
Eine schludrige professorale Behauptung. Wer ihr glaubt, würde damit unterstellen, Bundesrat und Parlament hätten die Bundesverfassung gebrochen, als sie 1972 den Freihandelsvertrag mit der EWG und 1992 den EWR-Vertrag per obligatorischem Referendum Volk und Ständen zum Entscheid vorlegten.

Im geplanten Paketvertrag, dessen Inhalt im sog. «Common Understanding» schon weitgehend feststeht, erklärt sich Bundesbern Brüssel gegenüber zur wesentlichen Einschränkung der hierzulande von der Verfassung garantierten Direkten Demokratie bereit: Selbst Volksentscheide würden künftig nur noch umgesetzt, wenn Brüssel dazu sein Einverständnis gibt. Schwerwiegende Entrechtung des Volkes, schwerwiegende Entrechtung der Kantone würden damit Tatsache. Und das könne Bundesbern, nachdem Freihandelsvertrag und EWR seinerzeit Volk und Ständen zum Entscheid vorgelegt worden sind, durchsetzen, ohne dass die Kantone noch etwas dazu sagen könnten. Unglaublich, wie verfassungsblind EU-Turbos sich da aufführen.

Dass die Europarechtlerin solches Ansinnen der Schweiz zumutet, verwundert angesichts ihrer früheren Positionsbezüge zur EU nicht. Dass sämtliche Schweizer Medien und sämtliche Politgrößen von der Mitte bis Linksaussen Epineys Behauptung bejahend schlucken oder gar begeistert jubeln, zeigt mindestens, auf wieviel Falschspiel im Zusammenhang mit diesem Ausverkaufsvertrag wir uns gefasst machen müssen.

Ulrich Schliuer

Spalte
rechts



MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN

➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel. 062 919 18 18
 info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 53 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00



«Gaga-Rechtsextremist»?

Lieber Andreas Glarner ...

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Dass Du diesen Prozess verlierst, hätte ich Dir schon vorher sagen können. Dennoch hoffe ich, dass Du den Fall weiterziehst und gewinnst. Es wäre der Schweiz zu gönnen.



Du hättest es ahnen können. Im Herbst 2023 musstest Du auf Geheiss eines Richters innert vier Stunden ein satirisches Deep-Fake-Video über die grüne Nationalrätin Sibel Arslan löschen. Hätte Arslan dies mit Dir gemacht, sie wäre vom selben Gericht dafür gefeiert worden.

«Verlogener Profiteur»

Und bereits im Jahr 2020 hast Du doch gemerkt, dass manche gleicher sind als andere – als Dich ein Musiker namens Reto Spörli ungestraft «dummer Mensch», «infantiler Dummschwätzer» und «ganz übler, verlogener Profiteur» nennen durfte. Dass Staatsrechtler Georg Müller tatsächlich behauptete, die Parteizugehörigkeit von Richtern – es war ein ziemlich linkes Gericht – habe keinen Einfluss auf ein Urteil: Darüber konnten wir schon damals nur lachen.

Nicht satisfaktionsfähig

Und jetzt das: Journalist Hansi Voigt darf Dich «Gaga-Rechtsextremist» nennen. Dabei ist Hansi nun wirklich nicht satisfaktionsfähig. Da hättest Du Dir einen würdigeren Gegner aussuchen sollen als den Präsidenten des «Vereins Netzcourage gegen digitale Gewalt». Und selbst wenn es so wäre, dass der Bremgartner Richter, der Hansi laufen liess, noch eine Rechnung mit der SVP offen gehabt hätte: Das haben nämlich viele.

«Hirnamputierter Waschlappen!»

Deshalb hättest Du es wissen müssen: Uns darf man nach Ansicht von Richtern oder Staatsanwälten vollkommen legal folgendes nachwerfen: «Braunwurst», «Trottel», «bekennender Rassist», «Nazi-Sympathisant», «Drecksack», «krankes Schwein», «dreckiges Schwein», «gottverdammtes Dreckschwein» «Elendes, riesengrosses Arschloch», «hirnamputierter Waschlappen», sowie «Abschaum der Menschheit». Die letzten vier Streicheleinheiten musste sich Dein Parteilieb Claudio Zanetti gefallen lassen.

«Dreckschlüger»

Aber auch ich weiss, wovon ich spreche. In einem Anfall von Dummheit habe ich einen SP-Sympathisanten angezeigt, der mich «Dreckschlüger», «Krimineller» und «Dummkopf» genannt hatte. Der IV-Rentner kam damit bei der Abteilung von Bundesrichter Denys (Grüne) tatsächlich davon. Dieses Urteil haben sie nun auch gegen Dich in Stellung gebracht. Nur ganz nebenbei: Ich habe mich

dafür gerächt, indem ich den SP-Sympathisanten nochmals zweimal angezeigt habe. Und er wurde auch zweimal verurteilt. Aber diese Fälle gingen ja auch nicht bis an die linke strafrechtliche Abteilung des Bundesgerichts.

«Gaga-Linksextremisten»

Nun aber Vorsicht, Andy. Das Urteil gegen Dich ist kein Freipass, Deine Gegner nun «Gaga-Linksextremisten» zu nennen. Denn: Wer bei der SVP ist, geniesst keinen Ehrenschutz. Mitglieder der SVP wurden schon für harmlose Äusserungen wie «Rädelsführer» oder gar für die Wiedergabe von Tatsachen (Plakat «Kosovaren schlitzten Schweizer auf») verurteilt. Kleiner Tipp: Für Äusserungen in den Räten und ihren Organen geniesst Du absolute Immunität.

Verrohung statt Anstand und Respekt

Dennoch hoffe ich, dass Du das Urteil weiterziehst. Denn als «Rechtsextremist» werden gemeinhin Leute bezeichnet, welche ultranationalistische, faschistische, neonazistische oder neofaschistische politische Ideologien und Aktivitäten an den Tag legen. Da gehörst Du definitiv nicht dazu, Du bist ein lupenreiner Demokrat. Damit wurde eine rote Linie überschritten. Niemand muss sich so etwas bieten lassen, und ich bin sicher: Wäre der linke Richter in Bremgarten so ähnlich tituliert worden, er hätte den Übeltäter subito hinter Schloss und Riegel gesetzt.

Dieser Verrohung der politischen Sitten muss ein Ende gesetzt werden. Es wäre wunderbar, wenn Du zum Vorkämpfer für Anstand und Respekt in der Politik würdest. Viel Glück beim Weg durch die Instanzen!

Hermann Lei

« Das aktuelle Zitat »

«Wäre der Politik wirklich daran gelegen, das Migrationsproblem anzugehen, dann käme sie nicht darum herum, illegale Migration gleich an den Grenzen zu stoppen. Wer gar nicht erst ins Land hineingelangt, muss auch nicht vollversorgt und später mühsam wieder abgeschoben werden. Das «Rückführungsverbesserungsgesetz» (kein Witz – die Red.) ist deshalb nicht der grosse Wurf, als der er hingestellt wird. Das Gesetz wird sich als weiterer, jetzt schon durchschaubarer Versuch entpuppen, den Bürgern Sand in die Augen zu streuen.»

Claudio Casula, Lektor, auf dem Blog
«Achgut.com» am 3. Februar 2024

Leserbriefe

Ja zur Grenzschutzinitiative der SVP

Wir müssen schnellstmöglich raus aus Schengen und Dublin. Und auf keinen Fall darf sich die Schweiz enger an die EU binden. Mehr EU hiesse noch mehr Ausländer, Chaos und Stress. Die Personenfreizügigkeit ist endlich einzuschränken, wie es die Verfassung will. Nur so kann die Schweiz künftig wieder selber bestimmen, wer kommen darf und wer draussen bleiben muss. Migrationsprobleme müssen an der eigenen Landesgrenze gelöst werden. Der migrationspolitische Internationalismus ist eine Lebenslüge. Mit der Kündigung von Schengen und Dublin gelänge der Schweiz zudem ein Befreiungsschlag von höchster Durchschlagskraft. Sie könnte vorangehen als erstes Land in Europa, das den Mut hat, die EU-Fesseln abzuschütteln.

Alex Schneider, Küttigen AG

Nein zum Notrecht für den Kanton Bern!

Mit grossem Erstaunen haben meine Bekannten und ich feststellen müssen, dass zur kantonalbernerischen Abstimmungsvorlage vom 3. März 2024, welche die Einführung einer dringlichen Gesetzgebung (Notrecht), verlangt, nur befürwortende Argumente im Abstimmungsbüchlein zu finden sind. Ich finde den Hinweis «Es wurden keine Argumente gegen die Vorlage vorgebracht» als einer direkten Demokratie unwürdig. Denn mit den neuen Artikeln in der Kantonsverfassung kann in Zukunft mit einer Zweidrittelsmehrheit jedes Gesetz als dringlich erklärt werden. Die Referendumsfrist von sechs Monaten muss nicht abgewartet werden, das Gesetz tritt sofort in Kraft. Damit wird die Bevölkerung ausgeschaltet und die Regierung, der Grosse Rat und insbesondere die Verwaltung werden gestärkt. Deshalb mein Appell: Wehret den Anfängen, stimmen Sie Nein zum Demokratieabbau!

Sabina Geissbühler-Strupler, Herrenschwanden BE

Kein «Mami» und kein «Papi»?

Wie gestört muss man sein, wenn man fordert, die Bezeichnungen «Mami» und «Papi» seien nicht mehr zulässig und müssten durch «Elternteil» ersetzt

werden? Dass die Zürcher Stadtbehörden solche Tendenzen in einem Newsletter propagieren, grenzt an eine grosse Diffamierung der Eltern. Haben sich die Autoren auch schon überlegt, wie exklusiv die Bezeichnungen Papi und Mami sind? Nur die eigenen Kinder können diese gebrauchen. Neben dem unmöglichen Ansinnen der Stadt stört mich auch der finanzielle Aufwand. Hier wird wieder ein Newsletter produziert, der vermutlich eine kleine Minderheit interessiert. Die Schöpfer dieses unsinnigen Newsletters müssten aber noch unterscheiden, wer mit «Elternteil» gemeint ist. Mein Vorschlag: Der Vater ist Elternteil 1 und die Mutter Elternteil 2. Offenbar hat die Stadt Zürich keine grösseren Probleme. Meine vier erwachsenen Kinder nennen mich sicher auch weiterhin Papa, und meine Frau nennen sie Mama.

Karl Bertschinger, Ebmatingen ZH

Quo vadis Schweiz?

Solange die derzeitige Nomenklatura in Brüssel so funktioniert, wie sie funktioniert – mehr schlecht als recht – sollten uns hüten, uns an die EU anzubinden. Machthunger, Grössenwahn, Überheblichkeit und Arroganz sind keine tauglichen Grundlagen für eine engere Zusammenarbeit. Wir übernehmen selbstverständlich Regeln und Normen, die zum Export von Gütern, für wirtschaftlichen Austausch, nötig sind, wie wir das mit andern Ländern auch machen. Eine andere Sache ist es aber, wenn man uns heutige und künftige EU-Gesetze aufzwingen will, die wir dynamisch (sprich automatisch) übernehmen müssen – unter Androhung von Sanktionen, falls wir nicht einverstanden sind. Wir sagen aber Ja, wenn es um eine beidseits erspriessliche partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Verträgen auf Augenhöhe geht, wie wir sie mit unseren Nachbarstaaten und vielen Ländern der Welt seit Jahrzehnten pflegen. Dazu braucht es keine Gesetze, die unsere Souveränität, Unabhängigkeit und unsere direkte Demokratie einschränken oder gar abschaffen und uns fremden Richtern unterstellen.

Es gibt m.E. noch einen weiteren wichtigen Grund, warum wir eigenständig bleiben müssen und uns nicht einem zentralistischen Konstrukt anschliessen dürfen: Weil unser Land mit vier Sprachen und verschiedenen



«Schweizerzeit»-Special
Fr. 69.– pro Monat exkl. MWSt.
inkl. 300 Kopien und Vor-Ort-Garantie

A3-Farbkopierer, -Scanner, -Drucker und -Telefax
 inkl. Original-Einzug, 2 Kassetten, Stapel-Einzug, Unterschrank, TOP-Qualität, dank 1200 dpi, Duplex, Netzwerk, USB 2.0, automat. Hefter, Air-Print, Super Touch-Display, farbig
3 Jahre Vor-Ort-Garantie

OCOTEX AG – 041 799 50 00

Neuer Textil Drucker für die Geistige Landesverteidigung braucht DICH!



Danke für deine Unterstützung!

PATRIOT.SHOP
 Postfach 109, 8192 Glattfelden

www.PATRIOT.ch/tech/spenden


 zur Spendenseite

Schüsse aus dem Hinterhalt



Wie erklärt man den Begriff «Radikalisierung»? Der Duden sagt: «Radikalisierung beschreibt den Prozess, in dem ein Individuum oder eine Gruppe radikale, extreme politische und soziale Überzeugungen entwickelt, dabei eine extremistisch-radikale Ideologie pflegt und keine andere Sichtweise zulässt.»

Das St. Galler Tagblatt (unter Ägide der zürcherischen NZZ) vom 7. Februar 2014 platzierte kurz vor den Kantonsratswahlen einen halbseitigen Hetzartikel gegen die SVP Schweiz unter dem reissenden Titel: «Grenzkontrollen: Niemand ist so radikal wie die SVP.»

Im Artikel räumt Redaktor Remo Hess schon im Untertitel ein, dass die SVP mit ihrer Grenzschutzinitiative voll im Europa-Trend liege, klagt aber, sie habe gleich mehrere «rote Linien» überschritten. Gespannt also wartet der Leser auf eine Begründung, die den geäusserten Vorwurf gegen die SVP rechtfertigt. Da kommt aber nichts mehr.

Stattdessen wechseln überraschend Text, Thema und Region, indem man sich plötzlich den Asylproblemen in Dänemark zuwendet, was Premierministerien Mette Frederiksen wohl freut, ihr aber kaum hilft.

Kulturen sonst auseinanderzudriften droht. Die Sprachgrenzen würden zu neuen fiktiven Grenzen. Die Schweiz ist eine Willensnation mit einem austarierten und weltweit einzigartigen politischen System, das in langer Zeit gewachsen und äusserst erfolgreich ist. Und das wollen wir beibehalten! Zudem wohnen und arbeiten rund 1,2 Millionen EU-Bürgerinnen und Bürger in der Schweiz. Sie geniessen grosse Sicherheit, hohe Einkommen, umfangreiche Angebote in fast allen Sparten und umfangreiche Sozialleistungen. Auch importieren wir wesentlich mehr Güter aus der EU als wir dorthin exportieren. Wir haben also überhaupt keinen Grund, als Bittsteller aufzutreten.

Werner Brauen, Flamatt FR

Klima-Wahnsinn

Wenn es im November ein Grad zu warm ist, dann ist für die Grünen der Klimawandel schuld. Wenn es im Januar kalt ist, ist es das Wetter. Die ganz Klugen steigen vom Rad herab und versteigen sich angesichts der Bauerndemos zur Aussage «Traktorfahren macht dumm.» Wer hat da wohl das kleinere Hirn? Sicher nicht die Bauern, die dafür sorgen, dass auch grüne Hohlköpfe etwas auf dem Teller haben. Könnte es sein, dass zu viel Velofahren dumm macht?

Tis Hagmann, Schöftland AG



Zu des Brüssel-Korrespondenten Information: Die schweizerische SVP wirkt im eigenen Land in ihrer politischen Arbeit auf europaweit anerkannte Weise und entgegen dem falschen Vorwurf, stets unter striktem Verzicht auf Radikalismus und/oder Extremismus. Was also sollte dieser wohl Brüssel-gesteuerte Difamierungsversuch gegen die SVP so kurz vor den Wahlen?

Die Schweizer SVP hat, im Gegensatz zu Polit-Akteuren mit erheblich weniger Leistungseffizienz, die Zeichen der Zeit erkannt: Sie verschärft folgerichtig die Grenzkontrollen, bekämpft die ins Uferlose abgedriftete Massenzuwanderung, wehrt sich gegen desolaten Asylmigration und unterbindet jeden Versuch, ihre klare Position gegen den neuen «EU-Kolonialvertrag» zu schwächen.

Versöhnlicher, da erheiternder Hinweis: Ich hatte Brüssel-Korrespondent Remo Hess schriftlich gebeten, ihm drei kritische Fragen zu seinem Vorwurfsthema «Radikale SVP Schweiz» stellen zu dürfen. Unerwartet prompte Antwort via Mail: «Ich stehe für eine Stellungnahme nicht zur Verfügung!»

Konklusion: Einer «schießt» scharf, duldet aber kein Gegenfeuer. Da gilt: Sieg vor Start!

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das Schweizerzeit-Magazin.

Preis bis Ende 2024: Fr. 80.–

Name / Vorname:

Strasse / Nr.:

PLZ / Ort:

Mail-Adresse:

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum:

Unterschrift:

Einsenden an: Schweizerzeit, Postfach 54, 8416 Flaach,

Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03

E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

FITNESS **fi** ISLAND

FEUER | WASSER | SALZ

Industriestrasse 25, 9552 Bronschhofen, www.fitness-island.ch

Onlineshop: www.4spa.ch



FI – wo Eidgenossen trainieren und sich erholen. Schweizerzeit – Wellnesszeit.



Sport- und Relaxbad



Floaten im Salzwasser



Massage und Kosmetik



Restaurant



Restaurant Bad



Totes Meer Therme



Wasserkurse



Dampfbad



Biogauna



Feuersauna



Dachterasse



Alphasphere



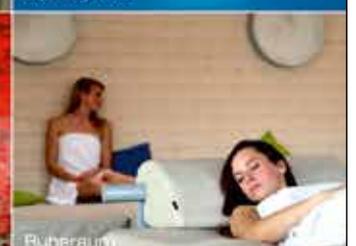
Fitness



Gartenanlage mit Salzwasserbad



Salzraum



Ruheraum

Stellvertretung für abwesende Ratsmitglieder?

Unentschuldigte und «matchentscheidende» Absenzen



von Hans-Peter Amrein, alt Kantonsrat, Küssnacht ZH

Absenzen sind gemäss Lexikon «medizinisch kurzzeitige Bewusstseinsstörungen (geistige Abwesenheit)» oder «Abwesenheit und Fehlen aufgrund von Krankheit oder anderen Gründen». In der Politik sind sie zum Teil «matchentscheidend».



Im Zürcher Kantonsrat sind die aktuellen Mehrheitsverhältnisse äusserst volatil. Dennoch kommt es im 180 Mitglieder zählenden Kantonsparlament relativ selten zu einem Stichentscheid der Präsidentin (SP), welche sonst nicht mitstimmt. Die bürgerliche Ratsseite (SVP, FDP, Teile Mitte und EDU) verfügt über keine Mehrheit (SVP 46, FDP 29, Mitte 11, EDU 3). Bei vollzähliger Anwesenheit könnte sie auf 89 Sitze zählen. Sie ist somit auf Stimmen aus der GLP-Fraktion (24 Sitze) oder der EVP-Fraktion (7 Sitze) angewiesen.

Beide Parteien stimmen einmal bürgerlich, einmal links – je nach Mehrheitsverhältnissen in ihren Fraktionen. Während die GLP in Wirtschafts- und Steuerfragen mehrheitlich mit dem Bürgerblock stimmt, positioniert sie sich in Umweltfragen zunehmend auch bei gesellschaftspolitischen Themen mit Rot-Grün. Tendenziell mit Links stimmt die EVP-Fraktion. Nur in Fragen der öffentlichen Sicherheit sowie teilweise in der Wirtschafts- und Steuerpolitik stimmt sie bürgerlich. Die Linke, die bei wichtigen Abstimmungen fast immer geschlossen stimmt, verfügt über 60 Sitze (SP 36, Grüne 19, AL 5 Sitze). Da die Ratspräsidentin (SP) nur bei Pattsituationen stimmen kann, verfügt die Linke effektiv nur über 59 Sitze. Vielen Anliegen der Linken verhelfen deshalb die EVP, die GLP, manchmal auch Teile der FDP und der Mitte, zum Durchbruch. Einzig die SVP/EDU-Fraktion stimmt konsequent bürgerlich.

Deshalb können Absenzen matchentscheidend sein. Vorstösse der Linken, traktandiert auf das letzte Drittel einer der monatlichen Nachmittagssitzungen (14.30 bis ca. 18 Uhr),

sind oft häufiger erfolgreich als während einer Morgensitzung. Dies, weil das eine oder andere bürgerliche Ratsmitglied den Ratssaal frühzeitig verlassen hat. Zwei Stadtpräsidenten sind jeweils an späteren Nachmittagen notorisch abwesend; scheinbar haben sie Wichtigeres zu tun. Ein Schelm wer vermutet, dass die Herren ihr Aktenstudium regelmässig erst kurz vor am Montagabend stattfindende Stadt- oder Gemeinderatssitzungen ansetzen. Einige FDP- und SVP-Kantonsräte verlassen oft während Morgensitzungen den Ratssaal und/oder schaffen es nicht, zeitig zur Abstimmung zurück zu sein. Auf die Beantwortung der Frage, welchen Aktivitäten diese Herren (lößlicherweise keine Damen!) ausserhalb des Ratssaals oder des Kantonsratsgebäudes nachgehen, schweigt des Sängers Höflichkeit.

In der laufenden Legislatur ist es bisher bei Sachgeschäften zu zwei Stichentscheiden der Präsidentin und zu sechs Entscheiden mit sehr knappen Mehrheiten gekommen. Derzeit ist eine Parlamentarische Initiative (PI, KR-Nr. 420/2020) aus den Reihen von SP, GLP, Grünen und AL in der zuständigen Kommission «Staat und Gemeinden (STGK)» in Vorberatung, welche eine Stellvertreterregelung fordert. Die Abstimmung darüber im Kantonsrat dürfte sehr knapp ausfallen; im Fall einer Annahme gibt es noch eine Volksabstimmung.

Hans-Peter Amrein



(zugesandt von Martin Dreher, Wallisellen)

Diversifikation bei Vermögensanlagen ist besonders wichtig

Vermögensverwaltung im Paragraphengewirr

Die Schweizerzeit im Gespräch mit dem privaten Vermögensverwalter Benno Ehrensperger

Der Besitz von Vermögen wird vom Staat und seiner Verwaltung von Jahr zu Jahr enger reguliert. Eine einengende Rolle spielen dabei internationale Vorgaben.



Auch die Einführung der von der OECD erzwungenen, jedoch von grossen Staaten (USA, China, Russland) bis heute nicht mitgetragenen Vorgaben betreffend Mindeststeuern haben Vermögensbesitz weiter verkompliziert. Der Vermögende droht zunehmend zum Opfer ausgabenfreudiger Bürokratien in immer eklatanter überschuldeten Ländern zu werden.

Worum geht es?

Angesichts dieser beunruhigenden Entwicklung hat die Schweizerzeit das Gespräch gesucht mit einem privaten Vermögensberater, dem in Kloten situierten Benno Ehrensperger.

Frage: Was leistet die private Vermögensverwaltung auf der sich für Vermögende ungünstig entwickelnden Grundlage?

Benno Ehrensperger: Der Vermögensverwalter hilft seinen Kunden, sich im Dschungel zunehmender Regulierung zurechtzufinden. Dies mit dem Ziel, einerseits das Vermögen zu erhalten, andererseits wenn irgend möglich aber auch Vermögenszuwachs zu erzielen. Langfristig erfolgreiche Beratung kann indessen nur gelingen, wenn

sie sich sorgfältig am legalen Weg orientiert und dabei nicht ausklammert, dass alles, was über Computer abgewickelt wird, nie vollständig geheim gehalten werden kann.

Was erwartet der Kunde konkret vom Vermögensverwalter?

Er erwartet eine tiefgreifende persönliche Beratung, die auf seine spezifischen Verhältnisse und das eigene Vermögen ausgerichtet ist. Er verlangt nach einer Strategie, die seine Erwartungen betreffend laufenden Erträgen und Kapitalschwankungen erfüllen kann.

Geht es dabei auch um Schnäppchenjagd, also um die Nutzung plötzlich sich eröffnender Vorteile?

Wenn kurzfristige Kursverwerfungen, sogenannte «Opportunitäten», erkannt werden, versuche ich das selbstverständlich in Kundennutzen umzusetzen. Als Vermögensverwalter biete ich dem Kunden eine auf sorgfältiger Analyse aufgebaute mittel- und langfristige Strategie an. Dafür muss ich den Kunden mit seinen ganz konkreten Bedürfnissen kennen. Kann ich auf die persönlichen Verhältnisse des Kunden eingehen, dann gelingt es oft, eine ganz auf die persönlichen Bedürfnisse ausgerichtete Strategie bezüglich Vermögensanlage zu entwickeln und auch umzusetzen.

In diesem Bereich kann der persönliche Berater Dienstleistungen erbringen, welche die Grossbank kaum erbringen kann. Mit seiner persönlichen Beratung stehe ich meinen Kunden auch zur Verfügung, wenn es um die Ausarbeitung von Vorsorgeaufträgen oder Eheverträgen geht. Die entsprechenden Spezialisten können aus meinem Netzwerk beigezogen werden.

Aufsicht

Welchen Einfluss hat die Finma auf Ihre Tätigkeit?

Man gelangt zunehmend zum Eindruck, dass die Probleme, die sich der Finma bezüglich grosser Gesellschaften

– der Zusammenbruch der Crédit Suisse hat dies deutlich gezeigt – stellen, zu immer engerer, kleinlicherer Regulierung der Tätigkeit kleiner Gesellschaften, also eigenständiger Vermögensverwalter ausartet.

Von uns wird beispielsweise verlangt, von jedem Kunden ein detailliertes Kundenprofil zu erstellen auf einem mehrseitigen, vereinheitlichten Fragebogen. Jährlich ändernde Anforderungen und Empfehlungen lassen laufende Anpassungen in den Formularen und den Checklisten folgen. Diese administrativen Aufwände belasten auf die Dauer und können kaum auf den Preis umgewälzt werden. Zudem schmälert das die Ressourcen für die Beobachtung der Märkte und die Präsenz bei den Kunden. Dass unsere Spezialität die persönliche Beratung ist, die auf der Grundlage individueller Herausforderungen und Probleme des Kunden beruht, wird von solcher Gleichschaltungsb rokratie weitgehend übersehen.

Die Finma begründet die von ihr aufgestellten, laufenden Erweiterungen unterliegenden Forderungen damit, dass jeder Kunde über die Existenz von Sanktionslisten zu orientieren sei – auf dass vermieden werde, dass er in diesem Bereich plötzlich vor grosse Probleme gestellt wird. Jeder Kunde muss auch eingehend über alle Vorschriften zur Verhinderung von Geldwäsche aufgeklärt und schriftlich dokumentiert werden.

Ausländische Kunden

Gelten diese Vorschriften allein für Schweizer Kunden, sind folglich für die Beratung ausländischer Kunden zusätzliche Vorschriften entwickelt worden?

Ich berate ausschliesslich Schweizer Kunden. Dies auch aufgrund des sich stellenden Aufwands, der sich aus der Beratung von Ausländern ergibt. Man muss in solchem Fall die Gesetzgebung und die an den Vermögensbesitz geknüpfte Auflagen im Herkunftsland des Kunden im Detail kennen. Sich darüber ausreichend zu dokumentieren, erfordert enormen Zeitaufwand. Dies vermeide ich, indem ich mich auf den Schweizer Markt konzentriere.

Blick in die Zukunft

Wie beurteilen Sie die Zukunftschancen Ihrer Beratungstätigkeit? Hat sie noch Platz in der immer umfassender werdenden Regulierung von Vermögensbesitz?

Diese rasch zunehmende Regulierung ist tatsächlich besorgniserregend. Sie bewirkt aber auch, dass sich Vermögende über die gesetzlichen Vorschriften nahezu ausschliesslich von sachkundigen Beratern orientieren lassen müssen. Der persönliche Kontakt zwischen Berater und Kunden angesichts zunehmender Regulierung wird immer wichtiger. Der Berater muss zweifelsfrei aufzeigen können, dass er selbst von keiner Gesellschaft, von keiner Bank abhängig ist, dass seine Beratung also nicht mit eigenen Interessen zusammenhängt, vielmehr ausschliesslich auf die persönlichen Verhältnisse des Kunden ausgerichtet ist.

Heutzutage ist Diversifikation bei der Vermögensanlage besonders wichtig. Bei einem gegebenen Vermögen von beispielsweise einer Million Schweizer Franken dürfen niemals mehr als zehn Prozent dieses Vermögens in gleiche Aktien investiert werden. Auch muss das Verhältnis von Kosten und Nutzen stimmen und dem Kunden gegenüber transparent sein. Auch das zur Anwendung gelangende Gebührenmodell muss einwandfrei durchschaubar sein.

Der Kunde geht zum Berater, weil er Sicherheit für sein Vermögen verlangt. Das spricht natürlich für eher konservative Anlagen. Es spricht noch mehr dafür, dass die Analyse für die persönliche Anlagestrategie vom Kunden genau verstanden und ausdrücklich bejaht wird. Das Qualitätsniveau der Beratung ist der Schlüssel zum Geschäftserfolg des Beraters. Der selbstständige Vermögensverwalter trifft die Anlageentscheide im Sinne des Kunden, weil er keinem Interessenskonflikt seines Arbeitgebers unterliegt.

Immerhin kann der Berater davon ausgehen, dass sein Kunde ein Mensch aus Fleisch und Blut ist, der eine persönliche Beziehung dem Computermodell vorzieht.

Das Gespräch mit Benno Ehrensperger führte Ulrich Schlier.

BE Ehrensperger Partner
Vermögensverwaltung

Ehrensperger Partner Vermögensverwaltung AG
Hamelirainstrasse 15
CH-8302 Kloten
Telefon +41 (0)44 815 59 00
benno@ehrenspergerpartner.ch

AHV ruinieren?

Kosten in Milliardenhöhe ruinieren unsere AHV

Bis 2033 gibt die AHV wegen der Alterung der Bevölkerung mehr als 3 Milliarden Franken mehr aus, als sie einnimmt. Die zusätzlichen jährlichen Kosten von 5 Milliarden Franken durch die Initiative fahren die AHV finanziell an die Wand.

Zahlen soll der Mittelstand

Wir alle müssten diese superteure Initiative über höhere Lohnabgaben und steigende Preise finanzieren. Die Linken ruinieren die AHV und die Kaufkraft auf einen Schlag.

Millionen fliessen ins Ausland

Fast eine Million Menschen im Ausland bekäme ebenfalls ein Rentengeschenk. Das kostet jedes Jahr deutlich mehr als 500 Millionen Franken - natürlich bezahlt von der Schweizer Bevölkerung.

Reiche erhalten am meisten

Weil die Linken die zusätzliche Rente mit der Giesskanne verteilen, erhalten gerade die am meisten, die es gar nicht brauchen. Das ist unfair und unsozial.

3. März 2024

www.zukunft-sichern.ch

**13. AHV-
Rente
NEIN**

AHV nicht weiter schwächen

von Markus Ritter, Nationalrat Mitte, Präsident Schweizer Bauernverband

Die AHV sieht sich seit längerer Zeit immer wieder finanziellen Engpässen gegenüber. Mit zwei Massnahmenpaketen konnte die AHV in den letzten Jahren einstweilen bis 2032 stabilisiert werden.



Die Herausforderungen, vor denen unsere Altersvorsorge steht, sind zweifellos sehr gross. Die Zahl der Leistungsbezüger nimmt zu, die Zahl Erwerbstätiger, welche Lohnbeiträge leisten, nimmt in der Tendenz ab. Die Initiative für eine 13. AHV-Rente, über die wir am 3. März entscheiden, würde das bestehende Finanzierungsproblem massiv verschärfen. Unser wichtigstes Sozialwerk käme unmittelbar in finanzielle Schieflage.

Der jetzt schon leeren Bundeskasse müssten weitere 820 Millionen Franken entnommen werden. Ein weiteres Sparpaket wäre die Folge. Weiter wäre mit einer deutlichen Erhöhung der Mehrwertsteuer sowie zusätzlichen Lohnabgaben zu rechnen. Gerade jüngere Menschen mit Familien würden über Gebühr zusätzlich belastet.

Die Lösung liegt im Weg, den das Parlament mit zwei Motionen in beiden Räten eingeschlagen hat: Statt mit der Giesskanne Gelder an jene zu verteilen, die sie gar nicht benötigen (wie es die Initiative will), sollen die kleinen AHV-Renten gezielt erhöht werden. Für mich ist deshalb klar: Ich sage am 3. März NEIN zur Initiative für eine 13. AHV-Rente.

Markus Ritter

Churz & Bündig

Der Aargauer Richter, der es in Ordnung findet, dass man dem Politiker Andreas Glarner jedweden Schlötterlig an den Kopf schmeissen darf, begründet solches Gewährenlassen damit, dass es eben zwei Sorten Erdenbürger gebe: Einerseits Menschen, denen mit elementarem Anstand zu begegnen sei; andererseits Politiker, denen offenbar übelste, von Fäkalien triefende Beschimpfung ungestraft an den Kopf geschleudert werden dürfe.

Ob der famose Rechtsdemonteur je einen Blick in die Bundesverfassung geworfen hat? Und dabei entdeckt hätte, dass sich die Schweiz nach Verfassung keine abgehobene Berufs-Classé politique hält, dass vielmehr jedem mündigen Bürger zugemutet wird, sich nebst seinem Beruf auch für Ämter zur Verfügung zu stellen und wählen zu lassen – womit der Gewählte keinesfalls zum Bürger einer besonderen Klasse wird, dem man, wie der Aargauer Rechtsausleger meint, jedweden Unrat ungestraft an den Kopf werfen kann. Muss man dem Herrn Richter als Nachhilfeunterricht in Staatskunde eine Bundesverfassung schenken?

*

Einst war die Schweiz neutral. Unter US- und EU-Druck hat ein schwacher Bundesrat – mehrheitlich längst nicht mehr an der Eigenständigkeit der Eidgenossenschaft interessiert – im Ukraine-Krieg die Neutralität aufgegeben und sich dem zur Ersatz-Kriegsmassnahme erklärten Boykott gegen Russland angeschlossen.

Und bereits entwickelt dieser Neutralitäts-Verrat Metastasen: Jener Schweizer, der das mit schweren Anschuldigungen wegen einseitiger Parteinahme konfrontierte Uno-Hilfswerk für Palästina (UNRWA) leitet, wertet die Entdeckung eines für terroristische Kriegführung genutzten Hamas-Tunnels unter seinem UNRWA-Chefbüro – ohne jede Widerlegung dieser Entdeckung – öffentlich als Ausfluss von israelischem Propaganda-Krieg. Ist die Parteinahme des UNRWA-Chefs für die Hamas derart penetrant, dass es darob selbst dem Schweizer Aussendepartement die Sprache verschlägt?

us

«Es sagte» ... Wettbewerb

Von welcher Persönlichkeit stammt die folgende Aussage?

<<DIE SOZIALISTISCHEN EXPERIMENTE HABEN DEN HALBEN GLOBUS VERWÜSTET; SIE WERDEN NICHT BESSER, WENN MAN SIE GRÜN ANSTREICHT>>

Dieser Satz stammt von:

- A Thilo Sarrazin, Autor des Bestsellers «Deutschland schafft sich ab»;
- B Frau Alice Weidel, Co-Präsidentin der AfD (Alternative für Deutschland);
- C Roland Tichy, Herausgeber des die rotgrüne Ampel-Koalition scharf kritisierenden Monatsmagazins «Tichys Einblick»;
- D Franz Josef Strauss (1915–1988), seinerzeit legendärer Chef der bayerischen CSU.

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Die Antwort senden Sie bitte bis spätestens **Mittwoch, 28. Februar 2024** an: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach; E-Mail: info@schweizerzeit.ch

Sämtliche Einsender von richtigen Antworten nehmen an einer halbjährlich stattfindenden Verlosung teil. Die Gewinnerin oder der Gewinner wird zu einer «Schweizerzeit»-Tafelrunde eingeladen, einem Nachtessen für zwei Personen mit «Schweizerzeit»-Verlagsleiter Ulrich Schläger als Gastgeber. Die richtige Antwort auf die Wettbewerbsfrage lesen Sie in der «Schweizerzeit» Nr. 5 vom 8. März 2024.



1zu85.ch

Rennpferde statt Amtsschimmel!

JA FÜR EINEN GESUNDEN UND SCHLANKEN KANTON

JA ZUR 1:85 INITIATIVE

Überparteiliches Komitee «Ja zur 1:85 Initiative»

Solothurn: Kantonale Volksinitiative «1:85»

Klares JA am 3. März zu 1:85!

von Rémy Wyssmann, Nationalrat, Gemeinderat, Kriegstetten SO

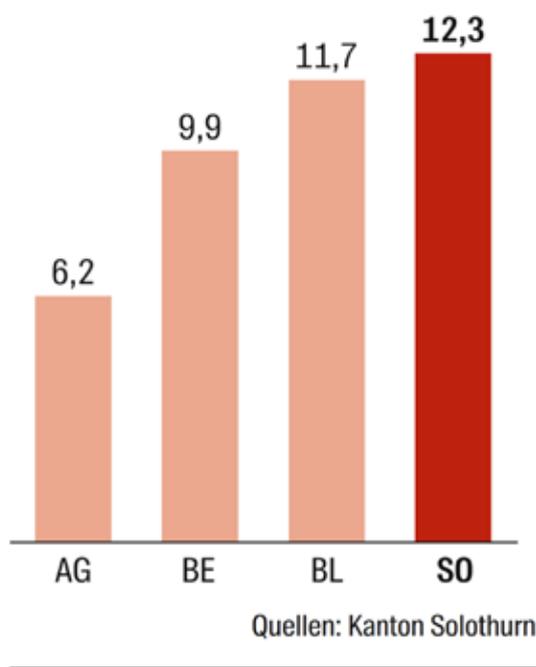
Im Verhältnis zu seinen Nachbarkantonen hat der Kanton Solothurn am meisten staatliche Vollzeitstellen pro 1'000 Einwohner, nämlich exakt 12,3 (Aargau: 6,2; Bern: 9,9; Basel-Landschaft: 11,7). Kein Wunder hat der Kanton Solothurn eine der höchsten Steuerbelastungen der Schweiz. Entgegen der linken Staatspropaganda bedeuten mehr Staatsstellen auch nicht bessere Leistungen für die Bevölkerung.

Im Gegenteil: Mehr Staatsstellen bedeuten mehr internes Kompetenzgerangel, mehr internes Stellenwachstum (mehr Kollektoren, mehr Kontrolleure und mehr Kommunikatoren) und mehr Gängelung der Bevölkerung durch die stetig wachsende Bürokratie. Und so behaupten böse Zungen nicht zu Unrecht, dass bei jeder Eröffnung eines neuen Betriebes im Kanton Solothurn der erste Gast nicht ein Kunde, sondern ein staatlicher Kontrolleur ist.

Deshalb klar JA am 3. März zu 1:85!

So viele Angestellte gibt es in den Kantonen relativ zur Bevölkerung

Lesebeispiel: im Kanton Solothurn kommen auf 1000 Bürgerinnen und Bürger 12,3 Vollzeitstellen beim Kanton.



Quellen: Kanton Solothurn, Eidg. Finanzverwaltung
Grafik: let, stb, Solothurner Zeitung vom 15.2.2024



«Jetzt abstimmen!»

**Rémy Wyssmann, Nationalrat,
sagt JA zu 1:85!**

Damit ein durch von Grenzen umgebenes Gebiet zum Staat wird, sind Voraussetzungen zu erfüllen: Das geografische Gebilde muss eine funktionsfähige Regierung besitzen, welche die Einhaltung der in einer Staatsverfassung festgehaltenen Regeln im ganzen Gebiet durchsetzen und gewährleisten, der Bevölkerung damit persönliches Auskommen sichern kann. Überdies muss diese Regierung im Gebiet, für das sie gemäss den in der Verfassung festgehaltenen Regeln zuständig ist, Sicherheit gewährleisten. Und drittens muss sie gegenüber anderen, insbesondere gegenüber Nachbarstaaten friedenssichernde völkerrechtliche Grundregeln respektieren, insbesondere auf Angriffshandlungen glaubhaft verzichten.

Wie sind diese Regeln auf den Gaza-Streifen anzuwenden?

Der Gaza-Streifen ist vor Jahrzehnten von Israel besetzt worden, nachdem es von Nachbarstaaten oder aus Nachbarstaaten heraus mehrfach mit offen feindlicher Absicht und kriegerischen Mitteln angegriffen worden ist. Israel wollte mit der Besetzung sein eigenes, von Nachbarn attackiertes Gebiet zum Schutz seiner Bevölkerung besser absichern.

Auf anhaltenden internationalen Druck, vorgetragen im Namen der Internationalen Staatengemeinschaft, zog Israel seine Sicherheitskräfte vor über zwanzig Jahren aus Gaza wieder ab.

*

Wer wurde nach dem Abzug der israelischen Sicherheitskräfte zuständig für staatliche Handlungen und staatliche Pflichten in den Gebieten, aus denen Israel sich zurückgezogen hatte?

Zusammen mit dem sog. Westjordanland wurde Gaza zu einem als autonom erklärten Quasi-Staat mit dem Namen Palästina. Diese beiden Gebiete wurden ausdrücklich nicht in arabische Nachbarstaaten integriert. Keiner der arabischen Nachbarstaaten wollte sie.

Wer aber wurde in diesem neuen autonomen Gebilde verantwortlich für die Einhaltung völkerrechtlicher Regeln? Dies Frage stellt sich um so mehr, als sich das Autonomiegebiet namens Palästina 2006 – vor nunmehr achtzehn Jahren – spaltete. Durch Wahlen geriet Gaza – allein Gaza – unter die Herrschaft der Hamas, die mit der das Westjordanland kontrollierenden Autonomiebehörde Palästinas demonstrativ brach – und seit 2006 weitere Wahlen nicht mehr zugelassen hat.

Die Hamas verfolgt mit Wort und Tat ein einziges Ziel: Die Vernichtung Israels. Dieses Ziel rechtfertige – so sieht es die Hamas – auch terroristische Kampfmethoden. Die Hamas hat sich nie bemüht, im von ihr

kontrollierten Landstreifen staatliche Pflichten zu erfüllen. Der Kampf gegen Israel dominierte alles. Grundsätze des Kriegsvölkerrechts anerkennt die Hamas nicht: Geschützstellungen und Raketenabschussbasen wurden bewusst inmitten der Wohnstätten der Bevölkerung installiert – die eigene Bevölkerung damit als Schutzschild gegenüber israelischen Abwehrmassnahmen gleichsam in Geiselhaft nehmend.

Das sind Handlungen, die elementares Kriegsvölkerrecht mit Füßen treten. Für das Wohlergehen der Bevölkerung, für Bildungsanstalten, für die medizinische Versorgung, auch für die Ernährung im Gaza-Streifen muss vor allem die Internationale Gemeinschaft aufkommen.

Den Bewohnern von der Hamas als Steuern abgenommene Gelder werden – ungefragt – vor allem zur Kampfführung gegen Israel eingesetzt.

Und all dies geschieht unter den Augen der Exponenten der Internationalen Gemeinschaft.

*

Ist Israel – weil in Nahost angeblich «besondere Verhältnisse» zu berücksichtigen seien – verboten, auf die Einhaltung völkerrechtlicher Verpflichtungen durch seine Nachbarn zu pochen? Und diese Einhaltung gebieterisch zu verlangen? Dies um so mehr, als zusammen mit den arabischen Staaten in seiner Nachbarschaft in den letzten Jahren offensichtlich politische Entspannung Tatsache geworden ist? Wer ist, wenn die Hamas jegliche völkerrechtliche Verpflichtung verachtet, im Gaza-Streifen für die Einhaltung dieser weltumspannend gültigen Ordnung des Miteinanders von Staaten verantwortlich?

Doch wohl jene «Internationale Gemeinschaft», auf deren offensichtlichen Druck hin Israel vor Jahren seine Sicherheitskräfte aus Gaza abgezogen hat.

Bekanntlich tragen weltweit – insbesondere in den Gefilden der Uno – Abertausende staatliche Funktionäre und Politiker ihre Zugehörigkeit und ihr Eintreten für die Internationale Gemeinschaft täglich auf ihren Lippen. Als Exponenten dieser Internationalen Gemeinschaft nehmen sie für sich auch höhere moralische Autorität in Anspruch – und lassen sich dafür weidlich ins Medien-Schaufenster stellen.

Vor lauter selbstgefälliger Eigenbelobigung vergessen allzuviele dieser Exponenten der Internationalen Gemeinschaft allerdings, dass sie nebst beanspruchtem Lob und Glanz auch Verantwortung zu tragen hätten. Verantwortung für die Einhaltung elementarer kriegsvölkerrechtlicher Regeln in Gebieten wie dem Gaza-Streifen, welcher dieser Internationalen Gemeinschaft unterstellt worden ist. Sich in der Aura der Internationalen Gemeinschaft zu sonnen, scheint diesen Exponenten freilich weit wichtiger als Verantwortung

Kriegsvölkerrecht und Israel

zu übernehmen für die Einhaltung völkerrechtlicher Regeln in ihrer Hoheit unterstelltem Gebiet.

*

Will Israel Land und Bewohner vor Terrorattacken schützen, die von der Internationalen Gemeinschaft offensichtlich hingenommen werden, bleibt ihm nur Selbsthilfe. Womit es sich deutlich anwachsender Kritik seitens jener aussetzt, die zur Disziplinierung der Kriegsvölkerrecht mit Füßen tretenden Hamas im der Internationalen Gemeinschaft unterstehenden Gebiet Kraft und Willen nie gefunden haben.

Akzent

Wie erklärt sich dieser offensichtliche Widerspruch? Er erklärt sich aus dem Karrieredenken allzuvieler Exponenten der Internationalen Gemeinschaft. Karrieredenken verdrängt bei ihnen alle Verantwortung fürs Völkerrecht so ziemlich vollständig. Versagen sich die allermeisten Exponenten der Internationalen Gemeinschaft doch offensichtlich jegliche Kritik, jegliche Massnahme, die Stimmen der muslimischen Staaten in den Uno-Gremien, insbesondere in den Uno-Wahlgremien, kosten könnten. Während die muslimischen Staaten insgesamt mehrere Dutzend Stimmen sichern oder eben entziehen können, kann Israel im Uno-Rund lediglich seine einzige Stimme zur Geltung bringen. Und diese einzige Stimme aus Israel sichert, Kriegsvölkerrecht hin oder her, keine Karriere. Wer es mit den muslimischen Staaten verscherzt, weiss indessen nur allzu gut: Er landet mit ziemlicher Sicherheit auf dem Karriere-Abstellgleis.

Will der Kleinstaat Israel, von der Internationalen Gemeinschaft als Quantité négligeable eingestuft, Sicherheit auf der Grundlage des geltenden Völkerrechts erlangen, muss er zwingend seine eigenen Mittel einsetzen – jene Mittel, die Abwehr kriegerischer



Eine Investition für eine freie, unabhängige Schweiz

Die Schweizerzeit-Stiftung ermöglicht dem Verlag «Schweizerzeit» die Realisierung von Publikationen und Informationsanlässen zur Stärkung der Freiheit, der Unabhängigkeit und der Selbstbestimmung der neutralen, eigenständigen und wehrhaften Schweiz.

Sie unterstützen die Schweizerzeit-Stiftung zum Beispiel, indem Sie in Ihrem Testament ein **Legat** an die Schweizerzeit-Stiftung vorsehen.

Oder Sie können als Stiftungs-Gönner dem Schweizerzeit-Club beitreten.

Dürfen wir Sie ausführlicher dokumentieren?

Schweizerzeit-Stiftung
Dr. Ulrich Schlüer, Geschäftsführer
Tel. 052 301 31 00 / Mail: stiftung@schweizerzeit.ch

und terroristischer Angriffe ermöglichen. Würde Israel darauf verzichten, verschwände es von der Landkarte – ohne dass die Exponenten der Internationalen Gemeinschaft einen Finger rühren würden. So wenig, wie sie einen Finger gerührt haben, als das muslimische Aserbaidshan jüngst die Christen aus Berg-Karabach, einer seit Jahrhunderten von christlicher Kultur geprägten Region, brutal vertrieben haben.

Ulrich Schlüer

Die Stimme der Schweiz

Auf dass sämtliche Staaten der Welt sich jederzeit bewusst sind, dass die Schweiz ein neutrales Land ist und bleibt, müsste der Bundesrat die derzeit unser Land im Uno-Sicherheitsrat vertretende Schweizer Botschafterin verbindlich verpflichten, zu jedem ihrer dort zahllos abgegebenen Voten den Standpunkt der Schweiz wie folgt zum Ausdruck zu bringen:

«Im übrigen tritt die völkerrechtlich als immerwährend und bewaffnet neutral anerkannte Schweiz mit Wort und Tat nachdrücklich dafür ein, dass Konflikte zwischen Staaten ausschliesslich am Verhandlungstisch ausgetragen werden – ohne dass dafür Tausende in Tod und Verderben geschickt und Zehntausende um ihr Hab und Gut gebracht werden.»

Die Schweizerzeit wird diesen Satz so lange wiederholen, bis der Bundesrat seine Pflicht tut.

«Sonst schnappen es die andern»



Mit diesen Worten hat mir ein Multimillionär, also einer, der nicht auf die AHV und schon gar nicht auf ihre 13. Auszahlung angewiesen ist, sein Ja begründet. Wie kommt einer, der seine Multimillionen mit Investitionen, Finanz- und Börsengeschäften gemacht hat, also rechnen kann, dazu, einer nicht nachhaltig finanzierten 13. AHV-Rente zuzustimmen? Er hat – wie viele andere – beobachtet, dass unsere Mitte-Links-Mehrheit in Bundesrat und Parlament seit Jahrzehnten die Spendierhosen anhat, wenn es um das Verteilen von Multimilliarden an Ausländer, internationale Organisationen und für Weltverbesserungs- und Weltrettungsprojekte von höchst zweifelhafter Wirksamkeit geht.

Der Millionär, dem die Unterfinanzierung einer 13. AHV-Rente völlig einsichtig ist, setzt auf etwas anderes – den Verteilungskampf. Dieser, so seine Hoffnung, würde dazu führen, dass angesichts der fehlenden Bundesmittel – insbesondere zur Nachrüstung der Armee – endlich dort gespart werde, wo Milliarden nutzlos verpulvert werden – bei der verfehlten Energiewende, der Entwicklungshilfe, der Finanzierung des Asylmissbrauchs, der Vergoldung und masslosen Aufstockung des Bundespersonals zur Überbürokratisierung und immer teureren Bevormundung durch den Staat. Viele Rentner sehen

es ähnlich nach dem Motto: Jetzt sind wir dran. Wenn wir's uns nicht holen, verblödet es der Staat anderswo.

Einige werden dabei von schnödem Egoismus geleitet. Andere leiden unter teuren Lebensmitteln, steigenden Mieten und Krankenkassenprämien. Und wieder andere fühlen sich vernachlässigt und schlecht behandelt vom Staat, der als Folge des erfolgreichen Marsches der 68er durch die Institutionen zu einem Staat für die Beamten und internationalen Funktionäre geworden ist. Zu einem Staat, in dem die Schweizer nur noch eine untergeordnete Rolle spielen.

Wussten Sie übrigens, dass vorläufig Aufgenommene, also Asylanten mit einem rechtskräftig abgelehnten Gesuch, ein Recht auf Familiennachzug haben? Dass dieses Recht aber nicht für Schweizer gilt, wenn ihre engsten Verwandten aus visumpflichtigen Ländern kommen? Dass Schweizer schikaniert werden, wenn sie Freunde und Verwandte einladen wollen, selbst wenn sie garantieren, dass der Eingeladene den Steuerzahler keinen Rappen kostet?

Sie werden vom gleichen Staat schikaniert, der Millionen von Ausländern hereinlässt, aus «Solidarität» oder wegen nicht regulierter Personenfreizügigkeit. Derart Behandelten kann man es kaum verargen, wenn sie sagen: «Jetzt sind wir dran!»

Markus Eckstein, Goldach SG



Das Jubiläumswerk von Christoph Mörgeli zum hundertjährigen Bestehen der Zürcher SVP (2017)

gratis

Bitte direkt bestellen
bei folgender Adresse:

silvia.weidmann@svp-zuerich.ch



Der Linksideologe. Der linksideologische (nach aussen sehr «nett» wirkende) neue Bundesrat Jans hat seine linken Genossinnen und Genossen aus Basel nach Bern mitgenommen. Generalsekretärin wird die Grüne Nora Bertschi. Von «Bern» hat sie keine Ahnung, dafür aber vom Gender-Schmarren.

Ihr Stellvertreter ist Sebastian Kölliker, ein ahnungsloser SP-Mann aus Basel mit null Ahnung vom Parlamentsgeschäft. Und die persönliche Mitarbeiterin von Jans ist Nora Kronig, ex-Staatssekretärin für Migration und Einwanderungs-Fan. Wir gehen davon aus, dass die «Apparatschikin» ihren bisherigen «Edel-Zapfen» von 360'000 Franken weiterhin bekommt.

Und Pressechef ist übrigens Oliver Washington, ehemals beim SRF-Staatssender. Nein, es gibt hier keine Korruption, kein Klientelwirtschaft, alles ist purer Zufall!

Tis Hagmann

Aufatmen bei der Ampelregierung

Endlich hat sie einen Protestgrund

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Seit geraumer Zeit wird deutschlandweit gegen rechts und gegen Nazis demonstriert. Auslöser der Proteste war ein Treffen im November 2023 von rechtskonservativen Personen in einer Villa am Lehnitzsee bei Potsdam, wo es unter anderem um die Frage der ungebremsten Zuwanderung ging und wie diese gestoppt werden kann.



An diesem Treffen nahmen auch Mitglieder der AfD und der CDU teil. Diese Versammlung wurde nach Recherchen des Essener Medienunternehmens «Correc-tiv» publik gemacht, wobei sich die Empörung zu einem erheblichen Teil am Begriff «Remigration» entzündete. Jetzt war es für die Mainstream-Medien ein Leichtes, den Bogen zur Wannsee-Konferenz zu schlagen, wo im Jahre 1942 – ebenfalls in

einer am See gelegenen Villa – unter der Leitung von SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich die bereits beschlossene «Endlösung der Judenfrage» und somit die millionenfache Ermordung von Menschen jüdischen Glaubens geplant wurde.

Willkommene Ablenkung

Nach den unübersehbaren Erfolgen der AfD vor allem in den neuen Bundesländern war dies für die Ampelregierung ein hoch willkommener Steilpass, endlich von ihren Problemen ablenken zu können. Als die Verantwortlichen der serbelnden SP, Grünen und FDP schmerzlich realisierten, dass ein Parteiverbot der AfD nicht schnell beschlossen werden kann, kamen das Potsdamer-Treffen und die Manifestationen dagegen wie gerufen. Verfassungsrechtler sehen nämlich zu Recht hohe Hürden für ein Verbot einer demokratisch legitimierte Partei – ein solches Verfahren würde mehrere Jahre dauern.

Kein Vertrauen in die Ampel

Wer jedoch die öffentliche Meinung in Deutschland verfolgt, realisiert schnell, weshalb in Anbetracht vieler Fehlentscheide der «Ampel» – insbesondere in der Migrationspolitik – die Bürger ihr Wahlkreuzchen bei der AfD machen. Deshalb versucht jetzt SP-Bundeskanzler Olaf Scholz die Migrationsschraube anzuziehen und vermehrt Personen abzuschieben, welche schon vor langer Zeit die Bundesrepublik Deutschland hätten verlassen müssen. Das «Zentrum für Strategie und höhere Führung» des Allenspacher Instituts für Demoskopie hat herausgefunden, dass achtzig Prozent der Deutschen kein Vertrauen in die Flüchtlingspolitik der aktuellen Regierung haben. Auch fühlen sich immer mehr Leute unsicher, und die Hälfte der Bürger ist der Meinung, dass die Einwanderung für die steigende Kriminalität verantwortlich ist.

Islamisches «Recht»

Neben Wirtschaftsrückgang, steigenden Energiepreisen und Lebenshaltungskosten sorgen sich die Bürger über das Migrationsdesaster, wobei die Ampel-Regierung in Berlin nicht sieht oder eher nicht sehen will, dass «die Hütte brennt». Eine erhebliche Angst bereiten die islamistischen Gruppierungen und arabischen Clans, welche sich in unzähligen deutschen Städten breit machen. Die Ghettoisierung und das Wachsen von No-go-Areas sind nicht zu übersehen, und wer finanziell in der Lage ist, zieht in die Agglomeration und schickt seine Kinder auf eine Privatschule.

In einem Interview in der NZZ hat der deutsche Unternehmer Hasso Plattner gesagt, dass in Berlin ganze Stadtteile von Arabern übernommen worden sind und dass dort nach ihren Gesetzen gelebt wird. Nicht gerade vertrauensbildend kommt dazu, dass Präsident Recep Erdogan mit der neuen Partei DAVA (Demokratische Allianz für Vielfalt und Aufbruch) ins Europaparlament einzuziehen versucht und dazu auf die Millionen wahlberechtigter Muslime mit deutschem Pass zählt.

Aktuell plant nun die deutsche Regierung die Einführung eines «Rückführungsverbesserungsgesetzes». Was an diesem Ausdruck weniger toxisch sein soll als am Wort «Remigration», sei dem Leser überlassen. Auch hierzulande verfielen Mainstream-Journalisten in Schnappatmung, als der designierte SVP-Präsident Marcel Dettling in einem Interview bei Radio SRF die Genfer Flüchtlingskonvention aus dem Jahre 1945 in Anbetracht der heutigen Migrationsströme hinterfragte.

Markus Melzl



ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO

Telefon 081 844 09 08
Telefax 081 844 10 20
Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom
Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60

STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

Israel

Zwei Faktoren zeichnen die Kriege um Israel aus. Zum einen das krasse Ungleichgewicht: Rund 200 Millionen Araber stehen im Mittleren Osten 7 Millionen Juden gegenüber. Für die Araber ist jede Niederlage eine Schmach, aber nicht der Weltuntergang. Israel dagegen kann sich eine Niederlage nicht leisten – es wäre das Ende einer Nation und wohl auch das Ende der Juden in Nahost.

(Alex Baur, in «Cato» 2/2024)

Asylanten-Kriminalität

Schlagzeilen wie diese reissen nicht ab: Ein Afghane sticht einen Mann in Zürich nieder. Eine 91-jährige Frau wird in Kreuzlingen von einem Marokkaner überfallen. Ein minderjähriges Mädchen wird im Zug zwischen Chiasso und Lugano von zwei Algeriern sexuell missbraucht. Ein Kosovare attackiert in Basel einen Mann mit einem Messer. Und jetzt das: Ein mit Messer und Axt bewaffneter Iraner nimmt im Waadtland 15 Reisende eines Regionalzugs als Geiseln.

Fast täglich verüben Asylbewerber und nicht integrierte Zuwanderer schwere Straftaten. Auch die Kosten explodieren: 2023 gab alleine der Bund 4 Milliarden Franken für das Asylwesen aus. Die Schweizer Bevölkerung zahlt einen sehr hohen Preis für die verfehlte Asyl- und Zuwanderungspolitik von Mitte-Links.

(NR Pascal Schmid, Weinfelden, SVP Editorial, 12.02.2024)

EU-Aussengrenze

«Keine Entscheidungen mehr über illegale Migration hinter Schreibtischen. Wir können keine Entscheidungen über das Schicksal von Ländern und Nationen treffen, ohne die wirkliche Bedrohung durch illegale

Migranten zu sehen oder uns zu weigern, diese zu sehen», sagte Bence Rétvári, Staatssekretär im ungarischen Innenministerium.

Rétvári nutzte ein Treffen der EU-Innenminister am Dienstag, 5. Dezember, um ihnen einen Film von der ungarisch-serbischen Grenze zu zeigen. Darin ist zu sehen, wie Polizisten und Grenzschutzbeamte, die eine der Aussengrenzen der EU schützen, angegriffen werden. Einige Angreifer scheinen auch mit Schusswaffen bewaffnet zu sein. Die Polizisten «riskieren ihr Leben, um Migranten von den Grenzen Ungarns und der EU fernzuhalten. Es ist an der Zeit, dass Brüssel der Realität ins Auge schaut», so Rétvári.

(The Epoch Times, 8.12.2023)

Netzstabilität

BERLIN: Die Bundesnetzagentur hat mehreren Kraftwerksbetreibern untersagt, Kohleblöcke vor dem 31. März 2031 stillzulegen. Begründung: Die Anlagen seien auch nach 2030 noch «systemrelevant» und dürften daher nicht stillgelegt werden.

Damit durchkreuzt die Behörde, die dem Wirtschafts- und Klimaministerium von Robert Habeck (Grüne) unterstellt ist, dessen Pläne, die Kohlekraftwerke bis 2030 abzuschalten. Deutschland würde nach dem bereits erfolgten Atomausstieg dann vor allem durch Wind- und Sonnenenergie versorgt werden – ein totaler Unsicherheitsfaktor, der zu regelmässigen Blackouts führen könnte.

Diese Art der Stromversorgung scheint jetzt selbst der Netzagentur, die seit 2022 von Habecks Parteifreund Klaus Müller geleitet wird, zu gewagt. Die Behörde gab mit ihrer Entscheidung, über die die WELT berichtet, den Anträgen mehrerer Stromnetzbetreiber statt. Darin heisst es: «Die Anlagen werden für die Netzstabilität benötigt.»

(JF-Online, 22.12.2023)

EU-Wirtschaft

Viele Führungskräfte in Europa sind besorgt darüber, dass der Schwerpunkt zu sehr auf der Einhaltung von Vorschriften liegt und dass Vorschriften oft ohne ausreichende Branchenkenntnisse entwickelt werden. Damit ist diese Compliance-Kultur primär für das mittlere Management auf dem ganzen Kontinent zu einer Ausrede geworden, um Innovationen zu vermeiden.

Auf neue Ideen wird häufig geantwortet, die Regierungen würden sie nicht zulassen. Diese Denkweise ist entmutigend, da sie das Denken über Märkte, Kunden und Möglichkeiten unterdrückt. Stattdessen ist man geradezu besessen von der Einhaltung von Vorschriften, der Aufrechterhaltung des Status quo und von der Überbetonung von Papierkram, was zu einer risikoscheuen Kultur und einem Mangel an Mut zur Innovation führt.

(Prof. Howard Yu, in «Tages-Anzeiger», 15.02.2024)

Churz & Bündig

Nahezu alle Medien berichten über lawinenartig zunehmende Diebstähle in Verkaufsläden. Und gleichzeitig hüten sich all diese Medien peinlichst, auch nur ein einziges Wort zu verlieren über die Täterschaft, der wir diese räuberische Entwicklung zu «verdanken» haben. Um so wortreicher diffamieren sie diejenigen als Rassisten, welche die Ursache dieser ungebremsen Kriminalitätentfaltung – die gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger von der Classe politique tolerierte Masseneinwanderung nämlich – offen ansprechen. Wie aber soll der Bürger diesem «Rechtsstaat à la Eintopfmedien» begegnen? Braucht es etwa kollektive Abo-Kündigungen? us

Das Gesundheitswesen darf uns nicht länger egal sein

Konkrete Forderungen

von Jürg Lindenmann, Kantonsratskandidat Liste 1.05 der SVP Rorschach, Ortspräsident SVP Goldach und Mitglied der Fachkommission Gesundheit der SVP Kanton St. Gallen

Das Gesundheitswesen steht im Sorgenbarometer der Bevölkerung an erster Stelle. Nach Jahren der Vergewerkschaftung und des Mikromanagements durch Herrn Berset ist es nötiger denn je, dass sich die SVP dieses Themas annimmt. Leider ist dieses wichtige Dossier nun mit Frau Baume-Schneider wiederum in linken Händen, und es wird wohl weiter gewurstelt wie gehabt.

Die Experten und Expertinnen der Fachkommission Gesundheit der SVP Kanton St. Gallen (Bruno Dudli, Vorsitzender, Hans-Ulrich Backes, Carmen Bruss, Esther Granitzer, Cornelia Heule, Jürg Lindenmann, Lea Lindenmann und Stefan Schaub) fordern daher:

Mehr Menschlichkeit

Unterstützung für die Menschen, welche am Bett arbeiten. Die Umsetzung der Pflegeinitiative sollte sich direkt im Portemonnaie dieser Menschen auswirken. Patienten sind keine «Fälle». Die ausufernde Bürokratie muss wieder auf ein erträgliches Mass reduziert werden.

Mehr Eigenverantwortung

Eigenverantwortung ist eine der Grundsäulen der schweizerischen Kultur und sollte wieder belohnt werden.

Es braucht mehr Wahlfreiheit bei der Auswahl und der Bezahlung der Leistungen. Die Entmündigung vom Leistungsbezüger zum Leistungsempfänger muss rückgängig gemacht werden.

Mehr Transparenz

Ehrlichkeit währt am längsten. Die Bevölkerung darf nicht mehr im Ungewissen gelassen werden, worauf es ankommt. Stopp dem Opportunismus und der Pfründenjagd. Die Bedürfnisse der Bevölkerung stehen über der kantonalen und der Bundespolitik.

Weniger Prämienlast

Mit unseren Prämien finanzieren wir auch – solidarisch – die medizinische Versorgung von mittellosen Zuwandern im Rahmen des KVG. Die Finanzierung der medizinischen Versorgung von Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen Personen sollte weg vom KVG an den Bund ausgelagert

werden. An Stelle von Prämienverbilligungen im Giesskannenprinzip fordern wir gezielte Hilfe via Ergänzungsleistungen.

Weniger Bürokratie

Das Personal an der «Front» braucht wieder mehr Zeit für den Patienten. Die Reduktion der Bürokratie ist das Gebot der Stunde. Innovative Ideen dürfen nicht länger durch Kantönliche und Bundes-Bürokratie behindert werden.

Weniger Kosten

Die Kostenkaskade muss unterbrochen werden. Leistungen sollten nicht mehr verrechnet werden dürfen, nur weil man es kann.

Es gibt über die Jahre gewachsene Speck-Pölsterchen in den Verwaltungen und den Behörden. Bevor die Prämienzahler weiter zur Kasse gebeten werden, müssen diese Polster abgebaut werden.

Jürg Lindenmann

«Das aktuelle Zitat»

«Mit dem geplanten EU-Abkommen – es ist ein Bückling vor den EU-Bürokraten – geben wir unsere eigenständige Landwirtschaftspolitik auf. Die EU regiert vom Hof bis auf den Teller durch. Sie will bestimmen, was angebaut wird und was der Konsument auf dem Teller hat. Das ist eine völlige Unterjochung und das Ende der Schweizer Landwirtschaft.»

Marcel Dettling, Nationalrat, an der kürzlichen SVP-Pressekonferenz

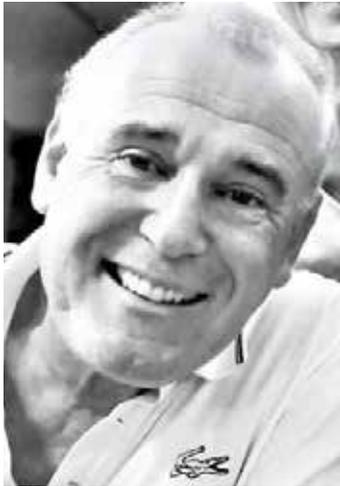


Bedenkliche Experimente ohne höchste Sicherheitsstufe

Wahnsinn Wuhan

von Fulvio Haefeli, Dr. iur., von 2007 bis 2022 Richter am Bundesverwaltungsgericht in St. Gallen

Die Frage nach dem Ursprung von SARS-CoV-2 droht in Vergessenheit zu geraten – zu Unrecht



Corona ist wieder da. Die Variante «Pirola» wurde im Juli 2023 erstmals in Dänemark entdeckt auf und tauchte bisher auch in der Schweiz auf. In gewissen Medien macht sich deshalb schon Alarmismus breit. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) empfiehlt für besondere Personengruppen die Impfung gegen Covid-19. Auffallend in diesem Zusammenhang

ist aber, dass sich kaum jemand mehr Gedanken über den Ursprung des Virus macht. Die Untersuchung der Delegation der WHO, die 2021 Wuhan besuchte, endete ergebnislos.

Für die Aufklärung entscheidende Daten gab das Wuhan Institute of Virology nicht heraus. Weitere internationale Untersuchungen scheiterten an Chinas Widerstand. Es ist deshalb ein grosser Verdienst des deutschen Arztes Gunter Frank in seinem auch für Laien verständlichen Buch «Das Staatsverbrechen» diesen in rechtlicher und politischer Hinsicht äusserst wichtigen Aspekt – nämlich den Ursprung des Virus und damit die Frage nach den Verantwortlichen – wieder in den Fokus der Aufmerksamkeit zu rücken.

Amerikanisch-chinesische Kooperation

Experimente mit Viren mit dem Ziel, deren krankmachenden Eigenschaften zu steigern, werden als Gain-of-function-Forschung bezeichnet. Amerika und China sind auf dem weltpolitischen Parkett Gegner, trotzdem fand auf dem Gebiet der Gain-of-function-Forschung eine unheilvolle Zusammenarbeit statt. Wie Frank ausführt, pflegten die amerikanische Gesundheitsbehörde National Institutes of Health (NIH) und deren Unterbehörde National Institute of Allergy and Infectious Diseases (NIAID) eine enge Partnerschaft mit dem Wuhan Institute of Virology sowie der Chinese Academy of Sciences. Bei dieser Zusammenarbeit stand die Erforschung experimentell veränderter Corona-Viren im Mittelpunkt.

Bedenkliche Experimente mit humanisierten Mäusen

Ein Beispiel für eine «Gain-of-Function»-Forschung wird in der Zeitschrift *naturemedicine*, Ausgabe vom 9. November 2015, mit dem Titel «A SARS-like cluster of circulating bat coronaviruses shows potential for

human emergence» geschildert: Wissenschaftler der University of North Carolina (UNC) in den USA und des Wuhan Institute of Virology schufen eine Hybridversion eines Fledermaus-Coronavirus und infizierten damit Mäuse, deren veränderte Genome menschliche Lungenrezeptoren nachahmten.

Dieses Virus war somit nachweislich in der Lage, sich an menschliche Zellen anzuheften und sich in Lungenzellen zu vermehren. Hier wurde tatsächlich ein Virus geschaffen, welches nicht natürlichen Ursprungs ist, aber sich vom SARS-CoV-2 Virus unterscheidet.

Laborexperimente zeigten, dass die Replikation des künstlichen Virus in der Lunge dieser Mäuse nicht mit verfügbaren Immuntherapeutika und vorbeugenden Medikamenten behandelt werden konnte. Richard Ebright, ein Experte für Biosicherheit und Professor für chemische Biologie an der Rutgers University (USA), ist ein scharfer Kritiker solcher Experimente und argumentiert, dass deren einzige Auswirkung «die Schaffung eines neuen, nicht natürlichen Risikos in einem Labor ist».

Ein Forschungsprojekt, das dem Pentagon Angst einflösste

Die in den USA ansässige und in der Zoonosen-Forschung aktive Nonprofit-Organisation EcoHealth Alliance (EHA) stellte 2018 einen Antrag auf Finanzierung eines Forschungsprojektes, das eine besondere Beachtung verdient. Der Antrag wurde bei der Defense Advanced Research Projects Agency (DARPA) eingereicht, welche dem amerikanischen Verteidigungsministerium (Pentagon) untersteht. Zu den wissenschaftlichen Aufgaben, die im Forschungsprojekt beschrieben wurden, gehörten die Herstellung von infektiösen Klonen von SARS-verwandten Coronaviren von Fledermäusen und das Einfügen eines winzigen Teils, der als «proteolytische Spaltstelle» bekannt ist.

Von besonderem Interesse war eine Spaltstelle, die in der Lage ist, mit Furin, einem Enzym, das in menschlichen Zellen exprimiert wird, zu interagieren. Genau dieses Element – die Furin-Spaltstelle – fand sich später im Erbgut von Sars-CoV-2. Die Furin-Spaltstelle des Virus war noch nie bei SARS-verwandten Betacoronaviren beobachtet worden, der Klasse, zu der SARS-CoV-2 gehört, nämlich das Coronavirus, das die Atemwegserkrankung Covid-19 verursacht. Die Furin-Spaltstelle ermöglicht es dem Virus, sich effizienter an eine menschliche Zelle zu binden und sein genetisches Material in diese freizusetzen, und ist einer der Gründe, warum das Virus so leicht übertragbar und schädlich ist.

Churz & Bündig

Die NZZ am Sonntag (18. Februar 2024) listet grafisch und in Zahlentabellen auf, welche Ausgabenposten im Bundeshaushalt seit 1995 überdurchschnittlich und welche anderen Ausgabenposten deutlich unterdurchschnittlich (Armee und Landwirtschaft) gewachsen sind. Allerdings bleibt der wichtigste, der teuerste, der am masslosesten sich ausbreitende Finanzbereich in den Diagrammen dieser sich selbst liberal nennenden Zeitung unerwähnt: Das masslose Auswuchern der Funktionsbürokratie. Wurde sie von der Redaktion übersehen – oder aber bewusst ausgespart? *us*

Zwar wurde die Finanzierung des Forschungsprojekts vom Pentagon mit der Begründung abgewiesen, dass die beabsichtigten Forschungsarbeiten gefährlich seien. Die EcoHealth Alliance bekam in der Folge trotzdem neue Forschungsgelder für die Kooperation mit den chinesischen Wissenschaftlern in Wuhan für den Zeitraum von fünf Jahren.

Sicherheitsmängel, kein Zugriff zur Viren-Datenbank und kein Zwischenwirt in Sicht

Aus Publikationen der Leiterin des Instituts für Virologie in Wuhan ergibt sich, dass die Gain-of-function-Experimente in Laboren der niedrigen Sicherheitsstufen

BSL-2 und BSL-3 durchgeführt wurden und nicht in der höchsten Sicherheitsstufe BSL-4; eine unheilvolle Nachlässigkeit.

Es fällt im Weiteren auf, dass die weltweit grösste Datenbank im Institut für Virologie in Wuhan am 12. September 2019 offline geschaltet wurde; da wurde offensichtlich etwas verheimlicht.

Und im Gegensatz zu früheren Coronaviren-bedingten Epidemien wie SARS und MERS konnte bis heute kein tierischer Zwischenwirt entdeckt werden, welches die Übertragung von SARS-CoV-2-Erregern von Fledermäusen auf den Menschen ermöglicht haben könnte.

Einen direkten Beweis für die Entstehung von SARS-CoV-2 in einem Labor in Wuhan gibt es nach wie vor nicht. Die geschilderten Tatsachen sind lediglich Indizien für die These des Ursprungs des Virus in einem Labor in Wuhan. Ein Indizienbeweis ist dann überzeugungskräftig, wenn andere Schlüsse aus den Indizien-Tatsachen ernsthaft nicht in Betracht kommen. Die angeführten Indizien lassen mindestens den begründeten Verdacht entstehen, dass das Virus SARS-CoV-2 aus einem Labor stammt. Die endgültige Beantwortung der Frage nach dem Ursprung des Virus müsste gerichtlich geklärt werden, was angesichts der involvierten Grossmächte USA und China als steiniges Unterfangen erscheint.

Fulvio Haefeli

Weiteres Skandal-Urteil aus Strassburg

Hinter feindlichen Linien



Linksextreme nehmen sich in Zürich regelmässig mit äusserster Gewalt die Strasse. Sie verwüsten ganze Strassenzüge und nehmen dabei auch Schwerverletzte in Kauf. Die Sachschäden sind jeweils enorm und müssen meistens von den Opfern selbst getragen werden. Polizisten werden bespuckt, bedroht und angegriffen. Der linksextreme Mob ging in der Vergangenheit unter anderem mit Eisenstangen, Steinen und Molotowcocktails auf Menschen los. Sogar Sicherheitsvorsteherin Karin Rykart sagte vor einigen Monaten, dass die linksextreme Gewalt eine «neue Dimension» angenommen habe.

Es ist richtig, dass die Polizei solche Randalierer, die offensichtlich eine ernsthafte Gefahr für die öffentliche Ordnung darstellen, einkesseln und so die linksextreme Gewalt im Keim erstickt. Dafür wurde die Polizei nun aber vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gerügt. Dieses Urteil der fremden Richter ist ein Skandal, greift in innerstaatliche Angelegenheit ein und vertauscht Opfer und Täter. Selbst für eine Minderheit der Richter ist dieses Skandal-Urteil nicht

nachvollziehbar. Im Gerichtsurteil steht: «Einkesselung ist kein Freiheitsentzug» und «ein internationales Gericht ist zu weit von den Tatsachen entfernt, verfügt nicht über die geeigneten Mittel und im vorliegenden Fall ist die Tatsachengrundlage einfach nicht ausreichend, um gegen die innerstaatlichen Gerichte der Schweiz vorzugehen».

Der Gerichtshof entschied in zwei ähnlichen Fällen also komplett unterschiedlich, und somit ist das aktuelle Urteil widersprüchlich. Das Urteil dieser fremden Richter ist aus zwei weiteren Gründen ein Skandal. Erstens: Es hebt unsere Demokratie aus. Eine elitäre Gruppe in Strassburg will unberechtigterweise bestimmen, wie wir in der Stadt Zürich Politik machen sollen. Sicherheitsvorsteherin Karin Rykart ist vom Volk gewählt. Sie bestimmt in Absprache mit der Polizei, welche Taktik richtig ist. Und nochmals zur Klarstellung: Das Skandal-Urteil vertauscht Täter und Opfer. Die Täter sind die Linksextremen, die regelmässig Menschen angreifen und ganze Strassenzüge verwüsten.

Samuel Balsiger

Samuel Balsiger ist Gemeinderat und Fraktionspräsident in der Stadt Zürich. In seiner Kolumne schreibt er über die Irrungen der linken Politik.

Schluss mit hektischer Reformatitis

Volksschule wohin? (Teil 2)

hf. Im ersten Beitrag zum hochaktuellen Thema «Volksschule wohin?» (Schweizerzeit Nr. 3/2024) haben wir auf zahlreiche Probleme hingewiesen, mit denen die Volksschule zu kämpfen hat – u.a. die unkontrollierte Zuwanderung aus den verschiedensten Sprachregionen und Kulturen, die unsinnige Integration aller Kinder in Regelklassen, immer mehr administrativer Aufwand, die zum Teil absurden «Kompetenzen» oder die Theorie-lastige Lehrerbildung. Resultat: Unbefriedigende Schulleistungen, Frustration bei vielen Lehrkräften bis hin zur Berufsaufgabe, überforderte Kinder, verunsicherte Eltern. Forderung: Unsere Volksschule muss wieder auf soliden Boden gestellt werden.



Aus den diversen Zuschriften, die uns aus unserem Leserkreis erreicht haben, greifen wir heute jene von **Thomas Jörg** aus Schaffhausen heraus. Er hat von 1974 bis 2022 an der Primarschule im Kanton Schaffhausen gearbeitet und die Veränderungen hautnah erlebt. Nachstehend seine Forderungen, die wir herzlich verdanken

Forderungen für eine kindgerechte Schule

Wiedereinführung einer verbundenen Schreibschrift. Die Kinder lernen heute keine Handschrift mehr und «malen» die Buchstaben von unten nach oben und von rechts nach links. Durch den Verlust der Schriftabläufe im motorischen Gedächtnis leidet erwiesenermassen auch die Rechtschreibung.

Wiedereinführung von Klein- und Förderklassen. Kinder mit besonderen Bedürfnissen werden in Kleinklassen besser geschult, Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten können in Förderklassen besser betreut und geschult werden.

An Primarschulen gilt wieder das Klassenlehrerprinzip. Als Klassenlehrer war ich allein verantwortlich für den Lernerfolg und die Klassenführung. Heute «mischeln» Heilpädagoginnen, Klassenassistenten, Teamteacher, Senioren im Klassenzimmer und Sozialarbeiterinnen im Unterricht mit. Unruhe, Konzentrationsmangel, unklare Zuständigkeiten und zeitaufwändige Absprachen sind die Folge.

Zurück zu konkreten Lehrplänen. Der Schaffhauser Lehrplan für Primarschulen umfasste 18 (!)

locker geschriebene A4-Seiten, der Lehrplan 21 mehr als 600 Seiten. Dafür setzte der alte Lehrplan klare Lernziele, die sich am Ende des Schuljahrs leicht überprüfen liessen, wie zum Beispiel: Die Schüler beherrschen die vier Rechenoperationen mit ein- bis fünfstelligen Zahlen.

Verschieben der Fremdsprachen in die Oberstufe. 1983 (!) haben wir in einer umfassenden Umfrage bei sämtlichen Primarschülerinnen und -schülern des Kantons und ihren Lehrpersonen herausgefunden, dass die schulische Belastung bereits so gross ist, dass zusätzliche Fächer die Primarschule überfordern würden. Mittlerweile haben wir zwei Fremdsprachen und die ganze IT eingebaut. Die Deutschkenntnisse haben seither spürbar abgenommen.

Weitere Stellungnahmen und Forderungen zum Thema «Volksschule wohin?» nehmen wir gerne entgegen.

(Fortsetzung folgt)

Hans Fehr



Geschichte am Klosterplatz 7
Donnerstag, 21. März 2024, 18.30 Uhr
Kabinett für sentimentale Trivilliteratur
Klosterplatz 7, 4500 Solothurn

Wozu Geschichte in dürftiger Zeit?

Die schleichende Entwertung eines Fachs und ihre Folgen

Henry Dunant? Nie gehört. Tagsatzung? Keine Ahnung. Ulrich Wille? Vielleicht ein Forscher oder etwa der Gründer der Migros? Die Geschichtskennntnisse unserer Jugendlichen nehmen drastisch ab. Daran ist unser Bildungssystem nicht unschuldig, kommt doch das Fach Geschichte an den meisten Schulen zu kurz.

In meinem Vortrag gehe ich zunächst auf die Frage ein, ob es in einer Zeit, die uns mit ihren eigenen Problemen schon voll in Anspruch nimmt, noch angebracht ist, sich mit der Vergangenheit zu befassen. Danach werde ich einige zentrale Gründe nennen, warum Geschichte und Geschichtsunterricht, unter anderem im Zuge der Schulreformen, zunehmend abgewertet wurden. Schliesslich wird aufzuzeigen sein, dass es dringend geboten ist, das Fach Geschichte aufzuwerten, und wie dies gelingen kann.

Lehrpersonen, Eltern und Interessierte sind zum Vortrag herzlich eingeladen. Eintritt frei, Kollekte

Referent: Prof. Dr. Mario Andreotti, Germanist und Historiker, ehem. Gymnasiallehrer und Lehrbeauftragter für Sprach- und Literaturwissenschaft an der Universität St. Gallen. Heute Fachreferent in der Weiterbildung der Lehrkräfte an höheren Schulen. Mitglied u.a der Jury für den Ravicini-Preis, Solothurn.

Der Bund zahlt seinen Angestellten wesentlich mehr als die Privatwirtschaft

Bundespersonalkosten endlich senken!

Thomas Stettler, Nationalrat Soyhières JU

Der weitaus grösste Posten beim Eigenaufwand des Bundes ist der Personalaufwand mit derzeit über sechs Milliarden Franken jährlich. Das übertrifft die gesamten Ausgaben des Bundes für Sicherheit und Armee.



Der rasant steigende Aufwand widerspiegelt einerseits den ständig massiv wachsenden Bestand beim Bundespersonal. Die Kosten für die Steuerzahler werden aber nicht nur durch die Anzahl an Stellen in die Höhe getrieben, sondern auch durch die Tatsache, dass die Bundesangestellten im Durchschnitt 12 Prozent mehr verdienen als der durchschnittliche Schweizer.

Es arbeiten also nicht nur immer mehr Menschen für den Staat, sondern diese werden auch immer teurer. Das erhöht die Last für die Steuerzahler – und verschärft den Fachkräftemangel in der Schweiz zusätzlich, weil der Bund mit seinen konkurrenzlos hohen Salären der Privatwirtschaft das Wasser abgräbt.

Zusätzliche Privilegien

Neben dem Teuerungsausgleich erhalten Bundesangestellte auf der Grundlage ihrer Jahresbewertung jedes Jahr automatisch eine Lohnerhöhung. In den Jahren 2011 bis 2021 haben durchschnittlich über 95 Prozent der Bundesangestellten aller Lohnklassen pro Jahr eine Lohnerhöhung zwischen 1,5 und 4 Prozent erhalten. Neben fürstlichen Löhnen, einem praktisch garantieren Teuerungsausgleich und grosszügigen Lohnerhöhungen profitieren die Bundesangestellten noch von weiteren Annehmlichkeiten auf Kosten der Steuerzahler. So kommen zum durchschnittlichen Brutto-Jahreslohn von über 126'000 Franken (!) äusserst grosszügige Beiträge des Bundes als Arbeitgeber an die berufliche Vorsorge hinzu.

Das Gesetz, das die Minimalsätze für die Altersgutschriften vorgibt, legt zudem fest, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich die Beiträge mindestens hälftig teilen müssen. Der Bund geht mit seinem Beiträgen jedoch weit über das gesetzlich vorgeschriebene hinaus. So erhalten beispielsweise Kaderangehörige der Lohnklassen 24 bis 38 im Alter von 55 Jahren eine jährliche Altersgutschrift in der Höhe von 37,1 Prozent (laut Gesetz 18 Prozent) seines Bruttolohnes, wobei der Bund als Arbeitgeber zwei Drittel (24,3 Prozent) übernimmt. Das ist eine vom Bund

geschenkte und vom Steuerzahler finanzierte Mehrleistung von stolzen 15,3 Prozent des Bruttolohnes. Zusätzlich geniessen Bundesangestellte noch weitere Vorteile – zum Beispiel bei der Arbeitszeit, den Ferien, den bezahlten Urlauben und der Nichtberufsunfall-Versicherung. Zweifellos benötigt der Bund zur Erfüllung seiner Kernaufgaben gutes Personal. Aber die Höhe der Löhne, der Lohnnebenleistungen und der Sozialleistungen geht weit über das Notwendige und Angemessene hinaus. Hier braucht es eine Korrektur. Dies ebenso beim Bundespersonalrecht, das Entlassungen praktisch verunmöglicht.

Forderungen

Die Sonderstellung der Bundesangestellten gegenüber allen anderen Arbeitnehmern in der Schweiz ist weder gerechtfertigt noch zeitgemäss. Die SVP fordert im Einzelnen:

- Begrenzung des Bundespersonalbestandes auf 35'000 Vollzeitäquivalente
- Plafonierung der Bundespersonalausgaben auf sechs Milliarden Franken pro Jahr
- Schluss mit den teuren Privilegien der Bundesangestellten und Angleichung an das Obligationenrecht (OR) bei Vorsorge, Arbeitszeit und Ferien

Wir von der SVP kämpfen weiterhin für vereinfachte Verfahren und für weniger Staat. Wir setzen uns für solide öffentliche Finanzen ein. Wir wollen die Schulden nicht nur unter Kontrolle halten, sondern sie reduzieren. Denn wir alle wissen: «Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen!»

Thomas Stettler





Vielfältige **SCHWEIZERZEIT-** Leserschaft



hf. Sie ist mir seit Jahren als kompetente Rednerin und engagierte Helferin bei grösseren Veranstaltungen aufgefallen – zunächst als kraftvolle Stimme der Jungen SVP, dann insbesondere bei der SVP Schweiz oder bei PRO SCHWEIZ. Auch von ihrer parlamentarischen Arbeit im Bieler Stadtrat (Parlament) und im Grosse Rat des Kantons Bern macht sie sich mit Worten und Taten bemerkbar, vor allem in den Bereichen Finanz- und Verkehrspolitik. Dennoch arbeitet sie zu achtzig Prozent als Leiterin Finanzen in einer Bauunternehmung. Grund genug, um Näheres über die Bielerin zu erfahren.

Sandra Schneider (schneidersandra@gmx.ch)



«Ich bin 1991 in Biel geboren und mit meiner jüngeren Schwester mitten im Bieler «Chueche» in einem eher unpolitischen Elternhaus aufgewachsen. Mein Vater arbeitete als Metallbauschlosser in der Werkstatt meines Grossvaters, meine Mutter hat sich vor allem unserer Erziehung und dem Haushalt gewidmet, nun arbeitet sie als Raumpflegerin in einer Schule und sitzt mittlerweile seit 2017 mit mir im Bieler Stadtparlament.»

Nach der Sekundarschule macht Sandra Schneider eine KV-Lehre bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung, wo sie erstmals richtig mit Politik in Berührung kommt – denn immerhin ist damals ihr oberster Chef im Finanzdepartement FDP-Bundesrat Hans-Rudolf Merz. Nach und nach wächst ihr Interesse an Politik,

und sie studiert verschiedene Parteiprogramme, vorab von Jungparteien. Und bald ist ihr klar: «Das Programm der Jungen SVP hat mich am meisten angesprochen.» Und sie tritt mit 17 Jahren der Jungen SVP bei. Später, im Jahre 2009, lernt sie in der Jungen SVP bei einem Fondueabend David Herzog, ihren künftigen Mann, kennen, und 2013 heiraten sie.

Auch politisch geht es vorwärts. Sandra Schneider wird Präsidentin der Jungen SVP im Kreis Seeland, dann wird die junge Frau im Jahr 2012 auf der SVP-Liste auf Anhieb ins Bieler Stadtparlament gewählt. Und seit einigen Jahren ist sie Fraktionspräsidentin der SVP. «Wir haben aktuell zehn von sechzig Parlamentssitzen in dieser für Bürgerliche recht anspruchsvollen Stadt. Aber ich mache die Arbeit gern, und wir haben das Glück, mit SVP-Finanzdirektor Beat Feurer, der weit über die Parteigrenzen hinaus anerkannt und geschätzt wird, so etwas wie einen «Helden der Stadt Biel» in unseren Reihen zu wissen.» Seit dem Jahr 2018 gehört Sandra Schneider auch dem Grosse Rat des Kantons Bern an, und es ist anzunehmen, dass sie in absehbarer Zeit den Sprung in den Nationalrat schaffen wird. Zudem ist sie im Vorstand des Bieler Gewerbeverbandes sowie im Automobil Club Schweiz Sektion Bern tätig.

Finanzen (auch beruflich) und Verkehr

Die politischen Schwerpunkte von Sandra Schneider liegen in den Bereichen Finanzen und Verkehr. Vor allem die Finanzpolitik ist ihr quasi auf den Leib geschnitten. Denn als vollberuflich tätige Leiterin Finanzen des mittelgrossen Bauunternehmens Kopp AG im Berner Seeland («eines Familienunternehmens in bereits 3. Generation, geführt von vorab jungen und junggeblieben Leuten», wie sie nicht ohne Stolz hinzufügt), weiss sie, wovon sie spricht. Im kommenden April beginnt sie zudem eine Weiterbildung zur Fachfrau Finanzen und Rechnungswesen.

Auf ihr zweites Kerngebiet, die Verkehrspolitik, angesprochen, kritisiert sie die rot-grünen Anti-Auto-Ideologen scharf: «Sie sehen im Auto das grösste Übel unserer Zeit, schikanieren die Autofahrer, errichten immer mehr Hindernisse gegen den Individualverkehr, bauen massenhaft Parkplätze ab und wollen sie durch sogenannte «Erholungsinseln» in den Stadtgebieten ersetzen. Diesem linksideologischen Irrweg

muss unsere Partei – wer denn sonst? – mit aller Kraft entgentreten.»

«Ich bin im Allgemeinen ein eher ruhiger Typ, wenn mich aber ein politisches Thema interessiert und gar <packt>, dann gebe ich Vollgas und engagiere mich zu hundert Prozent.» Dann thematisiert sie ihr Anliegen «auf allen Kanälen» – im Parlament, bei Veranstaltungen, in Zeitungsartikeln, Leserbriefen, auf der Strasse und wo immer es geht.

Erfolge, Misserfolge und «linke Toleranz»

Sehr gefreut hat Sandra Schneider ihre erfolgreiche Volksinitiative zur Deckelung der Löhne der Bieler Gemeinderäte (Exekutive) auf jährlich 200'000 Franken (statt wie vorher 240'000 Franken, für den Stapi sogar 260'000 Franken). «Obwohl alle andern Parteien dagegen waren, hat das Volk die Initiative schliesslich mit 67 % Ja-Stimmen gutgeheissen.» Geärgert hat sie hingegen, dass ihr Kampf gegen ein neues Parkierungsreglement, das die Parkgebühren in Biel massiv erhöht, in der Volksabstimmung gescheitert ist. «Und das wegen hundert Stimmen, das hat mich sehr genervt!»

Im Übrigen erlebe man als engagierte Politikerin ja allerhand – und sie liefert gleich ein Beispiel linker «Toleranz»: «Kurz vor Grossratswahlen 2022 wurde ich angefragt, ob ich mitmachen würde bei einer städtischen Kampagne <gegen Schwulenhass>. Da habe ich zugesagt, und mein Name ist auf einem Flyer erschienen. Aber siehe da: Ausgerechnet von der angeblich toleranten Linken wurde ich scharf kritisiert und als unglaublich hingestellt – weil ich für sie offensichtlich aus dem falschen Lager komme!»

Gefährlicher Trend zur Berufspolitik

Dass immer mehr «Profipolitiker» in den Parlamenten sitzen und namentlich in Bundesbern so viel verdienen,



Überzeugte EU-Beitritts-Gegnerin



Mit David auf der Alpsschwänd oberhalb Hergiswil NW

dass sie keine berufliche Tätigkeit mehr ausüben müssen, erachtet sie als gefährlich. «Diese Leute politisieren oft abseits der Lebenswirklichkeit der <normalen> Leute und versuchen, ihren linken Visionen und Ideologien zum Durchbruch zu verhelfen. Wir sollten unserem Milizsystem Sorge tragen, sonst müssen wir – der arbeitende Mittelstand – die linken Phantastereien mit unseren Steuern auch noch bezahlen, und der Staat wird immer mächtiger und teurer.»

Sandra Schneider pocht deshalb darauf, dass alles getan werden müsse, um die persönliche Freiheit und die Eigenständigkeit der Leute zu erhalten – und natürlich auch die Unabhängigkeit der Schweiz. Der Weg des geringsten Widerstandes führe zu noch mehr Staat und Bürokratie und damit ins Abseits. «Auf den Geist» geht ihr zudem das folgende «Lebens- und Arbeitsprinzip»:

«Viele Leute begründen immer wieder langatmig, warum das und jenes leider nicht geklappt habe. Viel zielführender ist doch der Grundsatz, den ich vor einiger Zeit gehört und verinnerlicht habe. Er lautet: Erfolg sicherstellen, statt Misserfolg begründen!»

Hat die derart Beschäftigte auch noch Zeit für Hobbies? «Ja natürlich», meint sie sofort. «Ich unternehme mit David gerne Städtereisen an freien Wochenenden. Und ich <game> oft auf der Playstation. Harry Potter im neuen Schloss hat es mir besonders angetan.»

Keine Frage: Sandra Schneider wird ihren Weg erfolgreich weitergehen – auch ohne Harry Potters Zauberkünste.

Hans Fehr

Büchertisch

AKTUELL



Kein Weg ist zu weit

Sabina Geissbühler-Strupler

Die Autorin, eine eigenständige, selbstbewusste, streitbare Persönlichkeit, hat mit ihrem lebenslangen Einsatz – zum Beispiel im Rahmen von «Eltern gegen Drogen» – manchen Politiker aufgerüttelt. Ihre eindrückliche Autobiographie zeigt, was eine Frau mit dem

Willen, den eigenen Überzeugungen auch Taten folgen zu lassen, fertigzubringen vermag.

Schweizer Literaturgesellschaft, Zug 2023, 436 S., geb., (Richtpreis Fr. 33.00) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 29.70



Verheimlicht, vertuscht, vergessen

Was 2023 nicht in der Zeitung stand

Gerhard Wisniewski

Das Jahrbuch nicht vermittelter Medienmeldungen: Eine Chronologie, welche lückenhafte, tendenziösverzerrende, den Leser gängelnde Berichterstattung entlarvt und mit den realen Fakten, welche zu verfälschter Berichterstattung führten, konfrontiert.

Kopp, Rottenburg 2024, 284 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 26.50) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 23.85



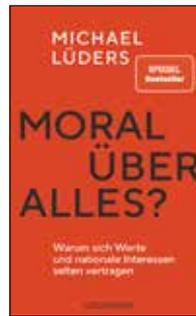
Vom Klimawandel zur Volksverdummung

Heinrich Zettler

Seit das Klima registriert wird, ist das Klima Wechseln unterworfen. Wärmeperioden und Kälteperioden lösten einander ab. Dass Klima jetzt politisiert wird, fördert vor allem Volksverdummung:

Man verbreitet auf Kurzfrist-Beobachtungen fussende Behauptungen, als wären es ewig geltende, unumkehrbare Wahrheiten. Ein aufschlussreiches, wichtiges Buch.

Gerhard Hess, Uhingen/D 2023, 262 S., brosch., ill. (Richtpreis Fr. 34.50) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 31.05



Moral über alles?

Warum sich Werte und nationale Interessen selten vertragen

Michael Lüders

Aus «moralischen Gründen» haben die USA und in ihrem Schlepptau die EU den europäischen Staaten Sanktionen gegen Russland aufgezwungen — zum ausgeprägten Schaden dieser europäischen Länder, insbesondere von Deutschland. Ein neues Buch zeigt, was der aus politischen Machtinteressen begründete Moralismus aus den europäischen Ländern macht.

Goldmann, München 2023, 266 S., brosch., (Richtpreis Fr. 24.90) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 22.40

Dexit

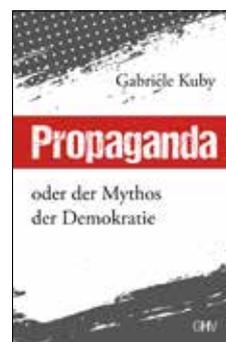


Zum Für und Wider eines Austritts aus der EU

Lothar Maier

Der Autor geht davon aus, dass Deutschland in der Rolle des Zahlmeisters der Europäischen Union und ihrer teilweise schwerstüberschuldeten Mitgliedstaaten massiv überfordert wird — und jetzt selbst eigentlichem Niedergang ausgeliefert ist. Er untersucht, mit was für Folgen zu rechnen wäre, wenn Deutschland die EU verlassen würde. Eine äusserst lesenswerte Untersuchung, präsentiert von einem ehemaligen Bundestagsabgeordneten.

Gerhard Hess, Uhingen/D 2023, 262 S., brosch., ill. (Richtpreis Fr. 28.90) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 26.–



Propaganda ...

... oder der Mythos der Demokratie

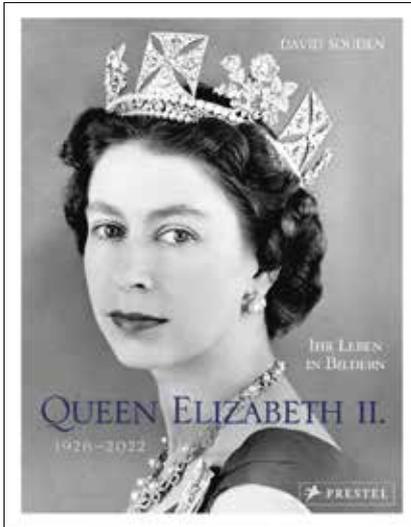
Gabriele Kuby

Wer heute Ansichten äussert, die nicht ins Konzept der Eintopfmedien und ihrer politischen Klientel passen, muss mit propagandistisch aufgeblähten Anwürfen rechnen, die ihresgleichen suchen, aber weiteste Verbreitung erfahren. Die Autorin, eine in mancherlei Zusammenhängen eigenständig denkende Publizistin, hat entsprechende Angriffe oft erfahren. Und sie durchschaut sie auch.

Gerhard Hess, Bad Schussenried/D 2022, 127 S., brosch., (Richtpreis Fr. 20.90) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 18.80

Die Schweizerzeit liefert Ihnen sämtliche Bücher deutlich günstiger als zu den vorgegebenen Richtpreisen. Erfüllen Sie sich doch all Ihre Bücherwünsche via Schweizerzeit-Bücherdienst.

ZEITGESCHICHTE

Queen Elizabeth II.*Ihr Leben in Bildern***David Souden**

Ein eindrücklicher, umfassender, gut gegliederter Bildband über Leben und Wirken der weltweit geschätzten englischen Königin, die von 1926 bis 2022 viele Jahrzehnte euro-

päischer Geschichte mitgeprägt hat.

Weltweit wurde ihr hohe Achtung gezollt. Der Bildband ruft in Erinnerung, wie sie das öffentliche Leben mitgestaltet hat und wie die Öffentlichkeit ihr Wirken erfahren und gewürdigt hat.

Prestel, München (London, New York) 2022, 240 S., geb., sehr reich ill., (Richtpreis Fr. 37.90) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 34.10

BUCHZEICHEN

Die Asyl-Lotterie*Eine Bilanz der Flüchtlingspolitik von 2015 bis zum Ukraine-Krieg***Ruud Koopmans**

Der Autor erfährt internationale Achtung, weil sich seine aufbereitenden Untersuchungen bisher immer als in allen Teilen korrekt erwiesen haben. Er zeigt die politischen Abgründe, in welche die europäischen Staaten zu fallen drohen infolge des Laissez-faire gegenüber längst nicht mehr beherrschbarer Masseneinwanderung.

Koopmans zeigt, wie massenhafte Umgehung von Gesetzen und organisierte Schlepperkriminalität die Masseneinwanderung fast jeglicher Kontrolle entriss und folglich Missbraucher begünstigt auf Kosten der echt Hilfsbedürftigen. Eine sehr sachlich formulierte, darum erst recht beeindruckende Dokumentation.

C.H. Beck, München 2023, 269 S., geb., (Richtpreis Fr. 35.50) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 31.95

Bestellschein

Schweizerzeit

AKTUELL

- | | | |
|--------------------------|-------------------------------------|-------------|
| <input type="checkbox"/> | Kein Weg ist zu weit | à Fr. 29.70 |
| <input type="checkbox"/> | Verheimlicht, vertuscht, vergessen | à Fr. 23.85 |
| <input type="checkbox"/> | Vom Klimawandel zur Volksverdummung | à Fr. 31.05 |
| <input type="checkbox"/> | Moral über alles? | à Fr. 22.40 |
| <input type="checkbox"/> | Dexit | à Fr. 26.00 |
| <input type="checkbox"/> | Propaganda | à Fr. 18.80 |

ZEITGESCHICHTE

- | | | |
|--------------------------|---------------------|-------------|
| <input type="checkbox"/> | Queen Elizabeth II. | à Fr. 34.10 |
|--------------------------|---------------------|-------------|

BUCHZEICHEN

- | | | |
|--------------------------|-------------------|-------------|
| <input type="checkbox"/> | Die Asyl-Lotterie | à Fr. 31.95 |
|--------------------------|-------------------|-------------|

Name/Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Tel-Nr.: _____

Datum/Unterschrift: _____

Bestellung an:

Schweizerzeit-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der Schweizerzeit-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 9.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(04/23.02.2024)

SCHWEIZERZEIT am Radio

Das einzige unabhängige
liberal-konservative Radio für den
deutschsprachigen Raum

Auch die Schweizerzeit ist dabei!

Jeden Montag, 10 bis 11Uhr

Schweizerzeit-Sendungen präsentieren Ihnen
Corinna Zigerli, Philipp Gut, Anian Liebrand
und Ulrich Schlür

www.kontrafunk.radio

oder in der App

KONTRA FUNK



.radio
Die Stimme der Vernunft

Die nächste Schweizerzeit
erscheint am

8. März 2024

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlür

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlür, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand,
Markus Melzl, Mihajlo Mrakic, Charly Pichler,
Thorsten Polleit, Isabel Villalon

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten,
062 205 75 75, info@dietschi.ch

Veranstaltungen: Elisabeth Liebi

Finanzen, Organisation: Daniela Locher

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

Verharmlostes Drogenelend

Das Drogenelend ist aus der Wahrnehmung vieler Schweizer verschwunden. Das dürfte sich aber bald ändern! Denn schweizweit nimmt die Zahl der «Junkies» wieder zu – seit dem Sommer 2023 sind in etlichen Schweizer Städten wieder so etwas wie offene Drogenszenen festzustellen. Was steckt dahinter?

Die Welt wird gegenwärtig von einer beängstigenden Opioidkrise heimgesucht. Synthetisch hergestellte Opiode wie Fentanyl breiten sich auf den Strassen seuchenhaft aus. Fentanyl wirkt fünfzigmal so stark wirkt wie Heroin. Bereits zwei Milligramm können zum Tod führen. Horror-Drogen wie Fentanyl oder «Tranq» lassen sich überall in Laboren herstellen und müssen nicht über komplexe Schmuggelrouten transportiert werden. Zudem sind sie verhältnismässig billig zu besorgen. In den USA ist die Opioidkrise unter den 18- bis 49-Jährigen bereits die führende Todesursache. Durchschnittlich stirbt in den Vereinigten Staaten alle fünf Minuten ein Mensch an einer Überdosis Drogen, das sind etwa dreihundert Personen am Tag.

Dass die Opioid-Seuche auch in Europa voll zuschlägt, scheint (ohne massive Abwehrstrategie) nur noch eine Frage der Zeit zu sein. Die Lage dürfte sich auch in der Schweiz, wo Auffangnetze für Suchtkranke und Fixerstüblis

bereits heute an den Anschlag geraten, weiter zuspitzen. Uns wird zwar das Bild vermittelt, dass die Schweiz das Drogenelend seit der Räumung des Platzspitzes mit einer klugen Strategie («kontrollierte Drogensersatzabgaben») in den Griff bekommen hätte. Die Wahrheit aber ist: die Schweiz ist eine Drehscheibe des internationalen Rauschgift Handels. Mitten unter uns werden tagtäglich grosse Mengen an Kokain oder Opioiden umgesetzt.

Und was tut die Schweizer Politik? Es gibt tatsächlich sog. bürgerliche und libertäre Politiker, die dafür eintreten, alle Drogen komplett freizugeben. Bei der Einstiegsdroge Cannabis, die gerne als «weiche Droge» verharmlost wird, scheint es mittlerweile eine klare Mehrheit – quer durch die meisten Parteien hinweg – zu geben, welche eine Legalisierung befürwortet. So stammt der aktuelle Vorstoss, über den das Parlament bis spätestens im Herbst 2025 befinden will, vom Berner Mitte-Politiker Heinz Siegenthaler ... Obwohl Marihuana-Konsum besonders bei jungen Menschen erwiesenermassen erhebliche, bleibende – insbesondere psychische – Schäden anrichtet, wird das Kiffen in der Schweiz stark verharmlost, ja geradezu romantisiert. Wie lange geht das noch gut?

Anian Liebrand

Schluss
Punkt